INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 372

18.4.1996

Hallo!

ANKÜNDIGUNG:
Wir wollen Mitte Juni eine Schwerpunktausgabe zum Thema POSTMODERNE und LINKE machen! Inhaltlich stellen wir uns den Bereich von der Kritik an der Moderne bis hin zur Gender-Diskussion vor. Beiträge zum Thema sind natürlich erwünscht.Die frühzeitige Ankündigung soll euch den Raum geben,schon mal in die Debatte einzusteigen.Der genaue Termin folgt in nächster Zeit.

Ansonsten viel Spaß mit den 1.Mai - Papieren.

Inhalt:

Mit Wasserwerfern gegen Demonstranten



Atomkraftgegner besetzten am Sonntag vormittag trotz Versammlungsverbots in Dannenberg die Bahngleise, um gegen neue geplante Castor-Atommülltransporte nach Gorleben zu protestieren. Als die Demonstranten begannen, die Schienen anzusägen, setzten Polizei und Grenzschutz gegen die Menschenmenge Wasserwerfer ein. Foto: AP

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ordner:
Lohnraub bei der Taz
Stuttgarter Unterstützungskomitee zur Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf
weiteres von der Kampagne gegen Wehrpflicht
weiteres zum Intergalaktischen Kongress
Leserbrief an die Süddt. Zeitung zu Mumia Abu Jamal
Aktion gegen Arbeitsamt-Vize Helmut MACHLEIDt, HH
Ludic Feminism, the Body, Performance, and Labor v. Teresa L. Elbert (dt. Zusammenfassung i. d. näxten Interim)

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

Redaktionsanschrift:s.o.

V.i.s d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Kinderstühle und Spielzeug gesucht!

Wir wollen im EX eine Kinderecke einrichten & haben nix!
Da wir auch keine Kohle haben, spendet uns doch bitte alte Kinderstühle & Spielzeug!
Dankeschön!

Abgeben im EX, Gneisenaustr.2A



Werte Interims!

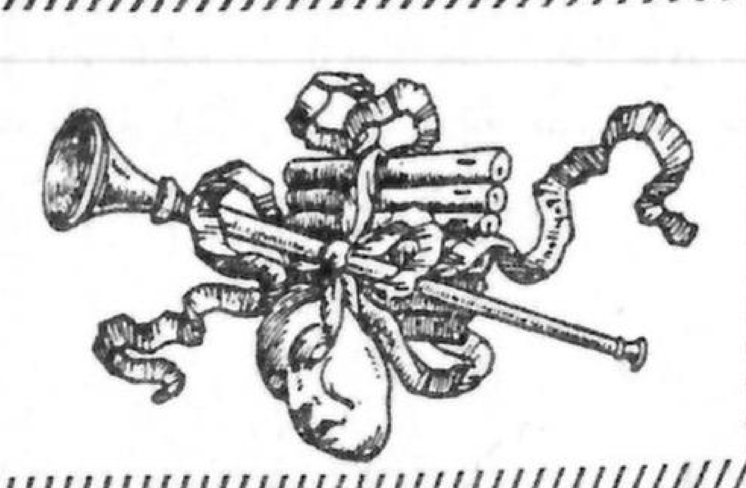
Schon komisch. Da druckt Ihr unsere Stellungnahme ab, in der wir aus feministischer Sicht die Auseinandersetzungen um den 1.Mai kommentieren und unsere Entscheidung für die Beteiligung an der O-Platz-Demo begründen und schreibt gleichzeitig in Eurem Vorwort, daß dahin orthodoxe ML-Gruppen mobilisieren. Offensichtlich wollt Ihr nicht sehen, daß die O-Platz-Demo von einem Bündnis vorbereitet und getragen wird, dessen Ziel es ist, trotz unterschiedlicher Schwerpunkte und Herangehensweisen, eine gemeinsame und starke Demo zu organisieren. Ganz davon abgesehen ist es diffamierend, die beteiligten kommunistischen Gruppen als orthodoxe ML-Gruppierungen abzustempeln.

Am 1. Mai geht es uns darum, die Gemeinsamkeiten zu betonen und nicht die Unterschiede oder gar die Grabenkämpfe. Auf dieser Basis versuchen die beiden Demo-Vorbereitungen zusammen zu arbeiten und eventuell eine gemeinsame Abschlußkundgebung zu organisieren.

Solidarität ist eine Waffe - nutzt sie!

Was auch komisch ist, ist die Tatsache, daß ihr Euch weigert, die Stellungnahme von BP abzudrucken. Warum wollt ihr die Kritik einer kommunistischen MigrantInnengruppe an der Vorbereitung nicht zur Diskussion stellen? Auch BP war an den Vorbereitungstreffen beteiligt und hat in der Stellungnahme kritisch dazu Position bezogen. Ein Vergleich mit oder eine Forderung nach Abdruck ideologischer Papiere ist in diesem Zusammenhang ausgesprochen unpassend. Als Teil der von weißen deutschen dominierten Linken solltet ihr die Machtverhältnisse und Ausgrenzungmechanismen genauer reflektieren und ihnen Rechnung tragen.

Für eine solidarische Diskussion und Auseinandersetzung!
ZUSAMMEN KÄMPFEN!



FARA, 14.4.96

BETR . VORWORT DER INTERIM NR.371 ZUM 1. MAI

DA DIE INTERIM BIS JETZT IMMER DEN EINDRUCK WAHRTE AUSDRUCK , SPIEGELBILD UND SPRACHROHR DER RADIKALEN LINKEN ZU SEIN, WURDE SIE VON UNS GELESEN UND UNTERSTÜTZT. MIT EUEREM "VORWORT" GREIFT IHR IN DIE VORBEREITUNGEN ZUM 1. MAI EIN UND TRAGT EUEREN TEIL ZUR SPALTUNG DER LINKSradikalen SZENE BEI! WOHER NEHMT IHR DIE FRECHHEIT ZU BEHAUPTEN, AM 1.MAI WÜRDEN AM O. PLATZ NUR ORTHODOXE MLerinnen DEMONSTRIEREN?!

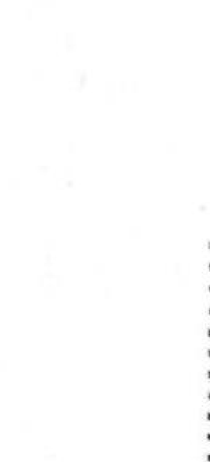
DESWEITEREN IST EUER ABTUN EINES FLUGIS VON BP MEHR ALS UNVERSCHÄMT ! DAS HAT NICHTS/ ASOLUT GAR NICHTS MIT EINER NOTWENDIGEN AUSEINANDERSETZUNG MIT STALINISMUS ODER DER POLITIK VON BP ZUTUN. DAS IST TRIEFENDER ANTI_-KOMMUNISMUS ! UND WAS HAT BITTE BAKUNIN MIT DER 1.MAI DEMO ZU TUN ? HAT ER SICH AUF DEM GRÜNDUNGSKONGRESS DER 1.INTERNATIONALE FÜR DEN ROSA.L. PLATZ GEÄUSSERT ODER WAS SOLLTE DAS?

UND WENN PLATTE SPRÜCHE NICHT MEHR REICHEN, MUSS MAL WIEDER DIE GUTE ROSA HERHALTEN. IST ES DUMMHEIT ODER BEWUSSTE GESCHICHTSVERFÄLSCHUNG WENN SINNENTLEHRT "FREIHEIT IST IMMER DIE FREIHEIT ANDERSDENKENDER" OHNE ZUSAMMENHANG ZUR RUSS. REVOLUTION GEBRACHT WIRD.

R.L. HATSICH IMMER POSITIV ZUR OKTOBERREVOLUTION GEÄUSSERT (LEST MAL IHRE [illegible] AUSGEWÄHLTEN SCHRIFTEN BAND 2) IM GEGENSATZ ZU EUCH KANN KRITIK NÄMLICH AUCH KONSTRUKTIV UND SOLIDARISCH SEIN.

AUCH WENNS EUCH NICHT PASST - ROSA LUXEMBURG WAR KOMMUNISTIN!!!

EINIGE DIE STINKSAUER SIND!



Heraus zum revolutionären 1.Mai!

Nach 40 Jahren BRD und 6 Jahren wiedervereintem Deutschland ist nicht mehr zu verheimlichen, wie tief der Karren im Dreck steckt. Über 6 Millionen ohne Arbeit, über 1 Million ohne Wohnung sind nur die Spitze einer sozialen Katastrophe, deren Verantwortung die Mächtigen aus Wirtschaft und Politik tragen. Es sind die Blüms, Kinkels, Kohls und Lafontaines, die Reuters, Murmanns und Crommes, die für ihre Vorstellungen von einem neuen, starken Deutschland über alle hinwegtreten. Jeden Tag unternehmen sie neue Angriffe auf die von unseren Müttern und Vätern erkämpften sozialen Rechte. Kein Tag vergeht, an dem sie nicht dreist ihre Finger in unsere Taschen stecken, um uns auch noch die letzten Groschen herauszuziehen. Während sie sich die Diäten erhöhen und die Profitrate steigern, können wir uns bald nicht einmal mehr gegen die einfachsten Krankheiten behandeln lassen.
Das ist die Realität in Deutschland des Jahres 1996! Eine Realität, die sie damit absichern, daß sie uns jeden Tag mehr in eine Konkurrenz untereinander treiben. Damit sie weiter die Profite einstreichen können, spalten sie uns und hetzen uns gegeneinander. Die Politik von "teile und herrsche" ist zum Alltag geworden: Mit der sog. Rentendebatte hetzen sie jung gegen alt. Frauen werden aus ihren Berufen zurück zu Heim und Herd gedrängt, bestimmt zur Erziehung der Kinder und der freien Verfügungsgewalt der Männer ausgeliefert. Und damit ja niemand zu kurz kommt und auch mal nach unten treten darf, wird wieder einmal eine deutsche Volksgemeinschaft propagiert, in deren Folge nicht nur ein anwachsender faschistischer Terror gedeiht, wie wir ihn zu letzt wieder bei dem Brandanschlag auf das Lübecker Flüchtlingsheim erleben mußten. Nein, diese Volksgemeinschaft bläst mittlerweile zur neuerlichen Hexenjagd, diesmal auf die kurdische Bevölkerung. Doch damit nicht genug, erhebt auch der deutsche Militarismus schon wieder sein mörderisches Haupt. Zum Wohle der deutschen Industrie wird Kinkel zum größten Kriegstreiber in diesem Land. Schon heißt es wieder: "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!"
Lassen wir uns nicht spalten in jung und alt, Frau und Mann, mit Arbeit und ohne, aus diesem oder einem anderen Land. Die einzige Grenze verläuft nicht zwischen Staaten, sondern zwischen oben und unten, zwischen ihnen und uns. Entlang dieser Grenze zu kämpfen erfordert, sich zu organisieren, sich einzureihen in feste und starke, revolutionäre Strukturen. Bedeutet, sich Wissen anzueignen und die Erfahrung zu machen, nicht mehr allein, sondern gemeinsam zu handeln. Diese Grenze einzureißen erfordert die proletarische Revolution!
Wie jedes Jahr, findet auch dieses Mal wieder ein revolutionärer 1.Mai statt. Ein 1.Mai, an dem wir gemeinsam unsere Wut und unseren Hass über diese herrschenden Verhältnisse auf die Straße tragen werden.
Darum: Reiht Euch ein - Nur gemeinsam können wir sie vertreiben! Gegen Faschismus und Partiarchat, gegen Kapital und deutsches Militär. Für eine kommunistische Gesellschaft ohne Bonzen und Bürokraten!
Kommt zur revolutionären 1.Mai-Demonstration um 13.00 Uhr am Oranienplatz!
Es lebe der revolutionäre 1.Mai! Hoch die internationale Solidarität!

Zusammen kämpfen - gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Keine Befreiung ohne Revolution!

Nachbereitungskreis der Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demonstration,
Rote Antifaschistische Initiative/ AA-BO,
Kommunistisch-Autonome Gruppen,
Einige der Rote Insel-Mansteinstraße

ZUM STAND DER DEMO- VORBEREITUNG 1.MAI; ROSA-LUXEMBURG-PLATZ;13 UHR

Zur Route
Die Demonstration beginnt am Rosa-Luxemburg-Platz. In Absprache mit der Festvorbereitung am Humannplatz führt sie durch Mitte und den Prenzlauer Berg und wird in der Nähe des Straßenfestes enden. Vorläufig geplante Strecke:Linienstraße-Ackerstr.-Invalidenstr.-Veteranenstr.- Kastanienallee - Pappelallee- Raumerstr. - Schliemannstr. - Hagenauer Str. - Szredzkistr. - Knaackstr. - Kollwitzplatz

Die Abschlußkundgebung
Diskutiert wird weiterhin, ob am geplanten Abschlußort (dem Kollwitzplatz) eine gemeinsame Abschlußkundgebung mit der 1.Mai-demo aus Kreuzberg stattfinden soll. Die Kreuzberger Demonstration wird ebenfalls am Prenzlauer Berg enden. Diskussionswürdig ist die gemeinsame Abschlußkundgebung wegen der Beteiligung und befürchteten Dominanz der Revolutionären Kommunisten (RK, oft fälschlicherweise gleichgesetzt mit der RIM) auf der Kreuzberg-demo. Einige Gruppen befürchten, daß sich dann die innerlinken Prügeleien der letzten Jahre fortsetzen könnten. Andere Gruppen wollen aber wenigstens die Abschlußkundgebung als Gemeinsamkeit. Was die Streitfragen um die beiden Demos betrifft: Es wird wahrscheinlich in der Tageszeitung „Junge Welt" ein Streitgespräch mit Gruppen aus beiden Demo-Vorbereitungen geben.

Inhaltliches
Die Demonstration steht unter dem Motto „HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI! GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG! ZUSAMMEN KÄMPFEN! SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!" Das allgemeine Motto soll dem Anliegen als gemeinsamer Kampftag gerecht werden. Ausgemacht ist Agitationsfreiheit, also daß alle revolutionären Gruppen unter ihren eigenen Inhalten mobilisieren können - auch auf eigene Blöcke.

Trägerkreis:
18 Gruppen unterstützen bisher die Demo am Luxemburg-Platz. UnterstützerInnen: Antifa Jugendfront;, AGAG, Antifaschistische Aktion Berlin ,einige aus dem Anti-Atom-Plenum; einige aus dem Anti-Repressionsbüro, AG Schöner Wohnen, Antifa Marzahn/Hellersdorf, Anarchistischer Laden, Antifa Jugend-Aktion Kreuzberg, DUP (Der Umzug platzt), FAU Hellersdorf, HUSD, Jugend-Antifa Friedrichshain, Lunte-Antifa Neukölln, Ökologische Linke Berlin,Revolutionärer Funke, Rote Luzie, Rote Söckchen Friedrichshain.

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI!

Der beschissene Innensenator Schönbohm:
»Mit mir wird es keinen revolutionären 1. Mai geben.«

ABER MIT UNS!

Demo: 13 Uhr • Rosa-Luxemburg-Platz
Straßenfest: Humannplatz

Offener Brief

Berlin, 2. 4. 96

Liebe Walpurgisnachtinitiative am Wasserturm,

Wie wir allen möglichen Medien entnehmen konnten, plant Ihr eine Demonstration am 30. 4. 96 in Prenzlauer Berg, die auf die Vorkommnisse vom letzten Jahr Bezug nimmt. Wie Ihr sicher wißt, ist die Walpurgisnacht-demo seit vielen Jahre eine FrauenLesben-Demo gegen Gewalt gegen Frauen. Dadurch, daß Ihr Euch denselben Namen ausgesucht habt, kommt es zu vielen verwirrten Nachfragen bei uns, und wahrscheinlich gehen viele Frauen davon aus, daß es sich auch bei Eurer um eine Frauendemo handelt.

Uns ist klar, daß es zu spät ist, um den Namen noch zu ändern, aber bitte macht in allen Euren Veröffentlichungen klar, daß es sich nicht um die traditionelle Frauendemo handelt. Diese fängt wie jedes Jahr um 18.00 Uhr an, dieses Jahr am Alexanderplatz. Letztes Jahr ging sie übrigens vom Oranienburger Tor zum Pfefferberg und kam dabei am Kollwitzplatz vorbei ...

Wir hoffen, bald von Euch zu hören: Ihr erreicht uns Dienstag abend von 19.00 bis ca. 21.00 Uhr unter Tel.691 29 71 oder über das Notruftelefon 251 28 28.

Viele Grüße.

die Vorbereitungsgruppe der FrauenLesben-Demo

9.4.96

Gruppen in Prenzlauer Berg zum 1.Mai

Zur Vorbereitung der „rev." 1.Mai-Demonstration

Bei einem Treffen von Leuten aus Gruppen in Prenzlauer Berg am 25.2.96 in der UB erhielt eine Vertreterin von Vorbereitern der diesjährigen „rev." 1.Mai-Demonstration tendenziell ablehnenden Bescheid zu einer Route durch unseren Bezirk. Seitdem hat sich niemand mehr gemeldet, weder bei uns noch bei der Fest-Vorbereitung. Zwischenzeitlich ist es formal geworden, daß die „rev." 1.Mai-Demonstration durch unseren Bezirk führen soll.

Wir werden nach dem 1.Mai mit allen Folgen des Tages in unserem Bezirk alleine klarkommen müssen, so oder so. Das Vorbereitungstreffen soll sich also 1.) gefälligst zu uns bequemen, nicht umgekehrt, 2.) ein paar bessere Gründe erfinden, warum es gerade uns treffen soll, 3.) garantieren, daß wir hier keine Stalin,Mao-usw.-Bilder zu sehen bekommen müssen, daß es nicht die gleichen Buchläden und Bäckereien wie letztes u. vorletztes Jahr trifft.

Auf der Basis dessen können wir über alles reden.

Zum letzten Schreiben der Vorbereitung der „rev." 1.Mai-Demonstration

Das Treffen führt drei Punkte an zu seinem Entschluß, die diesjährige „rev." 1.Mai-Demonstration durch Prenzlauer Berg zu führen.

Zu Punkt eins: Daß der „Kampf gegen die Umstrukturierung" auch in Prenzlauer Berg stattfindet und daß der Bezirk eine „traditionell linke Hochburg" ist, sind bestenfalls zwei Tatsachen, die nicht gegen eine Demonstration dort sprechen, aber noch lange nicht dafür. Merke: `Nicht dagegen` ist nicht das gleiche wie `dafür`.

Zu Punkt zwei: Es wird erhofft, durch den Umzug den mit der 1.Mai-Organisation in Kreuzberg verbundenen „Schlammschlachten, Fraktionskämpfen und gewalttätigen Auseinandersetzungen" zu entgehen. Es bleibt geflissentlich unerwähnt, wie das funktionieren soll: Das Vorbereitungstreffen glaubt, in Prenzlauer Berg einfach niemanden fragen zu müssen, von denen, die, weil sie hinterher alleine die Folgen tragen müssen, gerne vorher Probleme machen.

Zu Punkt drei: Das Treffen schreibt, die Polizei, hätte keinen anderen Stadtteil am 1.Mai derart unter Kontrolle wie Kreuzberg. Angesichts der politischen Situation in dieser Stadt Entscheidungen über Demonstrationsrouten militärisch zu bestimmen, ist kein gutes Zeichen für den Geisteszustand der Veranstalter. Und es sei dahingestellt, ob die Veranstalter eine mindere Routine der Polizei in Prenzlauer Berg am 1.Mai zu ihrem Vorteil zu nutzen wissen.

Gruppen in Prenzlauer Berg zum 1.Mai

P.S.: Zumindest von der AJF hatten wir erwartet, daß sie ihre Köpfe zum Denken bemüht.

Go to Massenmilitante und Uninformierte

1. Die 1.Maifest-Vorbereitungsgruppe trifft sich im BAOBAB.
2. Die Walpurgisnacht am Kollwitzplatz organisieren z.B. die Projekte am Kollwitzplatz, die Jusos, Bündnis90 und BVVtreue BürgerInnengruppen aus dem Prenzlauer Berg. Keine der im Baobab arbeitenden Gruppen ist an dem WalpurgisKolleQuatsch beteiligt.
3. Wir haben nix mit Leuten gemein, die das Papier verfaßt haben, welches "Go to Kreuziger Street" (Interim 370) heißt. Wir wissen nicht mal, wer/welche diese sind.Übrigens bestehen bereits seit Beginn diesen Jahres informelle und technische Kontakte zwischen VorbereiterInnen der Demo vom Rosa-Luxemburg-Platz und den FestvorbereiterInnen.
4. Die "Massenmilitanten" wissen anscheinend mehr über unsere "Konzepte zur Gewaltprävention" als wir. Die 1.Mai-Vorbereitung plant keinen wie im Papier "Go to Prenzlauer Berg" (Interim 371) beschriebenen Ordnungsdienst.
5. Wenn schon Auseinandersetzung im Fachblatt, dann sollten wenigstens die Fakten stimmen. Dann wird Verständigung auch gleich ein wenig einfacher. In diesem Sinne: Go together!

AGiP, Infoladengruppe im BAOBAB Infoladen, KKorrespondenz & 1.Maifestvorbereitung

Go doch to Kreutzigerstreet!

Fünf Jahre Ost/West-Knatsch um den 1.Mai und kein bißchen schlauer

Das von "einigen Massenmilitanten" geschriebene Papier "Go to Prenzlauer Berg" hat bei uns einige Verwirrung ausgelöst: Wissen die "Massenmilitanten" wirklich so wenig vom Objekt ihrer Revolutionsfestspiele oder tun sie nur so? Glauben sie wirklich gegenüber den Gruppen, denen sie sich mit ihrem Demonstrationsversuch aufhalsen, etwas fordern zu können? Muss jeder, der "Militanzfetisch" kritisiert in Zukunft erst die Top-Ten seiner Terror-Anschläge mitbringen?
So viele fragen - eine Antwort: Das "Go-To-Prenzlauer Berg"-Papier steht in der besten Tradition des von Nicht zur Kenntnisnehmen, Totschweigen, Drüberhinweg gehen und Übersehen geprägten Verhaltens Westberliner 1.Mai-Vorbereitungen gegenüber ihren Ostberliner GenossInnen. Zu den einzelnen Anwürfen des Papiers möchten wir darum nicht viel schreiben (das werden hoffentlich andere tun). Um so notwendiger erscheint es uns aber, die Geschichte des Ost/West-1.Mai-Knatschs nochmal aufzurollen.

Noch 1990 war es keineswegs selbstverständlich, daß Ost- und Westberliner Linksradikale am 1.Mai etwas zusammen machen. Die Ostler demonstrierten von der damaligen ständigen Vertretung der BRD zum Kollwitzplatz (und schickten dann eine Abordnung an den O-Platz) und die Westler eben in Kreuzberg. Die Westberliner Autonomen, die beim 1.Mai Plenum in Ostberlin auftauchten, fanden alles dort sehr merkwürdig und waren auch der Meinung, daß es besser sei, getrennt zu bleiben.
1991 tauchten erstmals Ostberliner Autonome beim Kreuzberger 1.Mai-Plenum auf. Nach harten Diskussionen gelang es ihnen, die Demonstration nach Friedrichshain (also in den Osten) umzulenken. Sinn dieser Idee war es, über die Veränderung der Demonstrationsroute in der Westberliner Szene eine überfällige Diskussion über Stalinismus und über die durch den Anschluß der DDR veränderten politischen Bedingungen in der Stadt zu erzwingen. Beides mißlang deutlich. Die Demo tobte durch einen Stadtteil, mit dem sie lediglich ein paar vor allem von Westlern besetzte Häuser verband. Eine türkische ML-Gruppe sprühte noch in der Nacht zum 1.Mai die ganze Warschauer Straße mit Losungen wie "Stalin lebt" zu und der Versuch einer Stalinismus-Diskussion mit den letzten gutwilligen Autonomen versandete noch im selben Monat.
Viele Autonome in Prenzlauer Berg sahen in der Folge immer weniger Sinn darin, von der Westberliner Szene eine Auseinandersetzung einzufordern, zu der diese nicht in der Lage oder nicht Willens war und brachen sukzessive ihre Kontakte nach Westberlin ab. Dazu kam das Entstehen einer sozialen Bewegung im Kiez, die im Aktionsbündniss Wir Bleiben Alle (WBA) und Mietendemos mit 15-20.000 TeilnehmerInnen gipfelte und die den politischen Horizont deutlich verschob. An der Kreuzberger Demo 1992 nahmen darum Ostberliner Autonome geschlossen nur noch als "Ostblock" teil. Gerade dieser wurde von der RIM brutalst aufgemischt und mußte sich nach schweren Verlusten von der Demo zurückziehen. Am Abend fand dann unter dem Motto "Der Osten schlägt zurück" eine Randale am Helmholtzplatz statt. Ihre Ergebnisse waren weit demoralisierender als der Terror der Stalinisten: von weit über 50 eingeschlagenen Geschäften waren (selbst nach randale-freundlichen Kriterien) mehr als die Hälfte kleine Läden, darunter mehrere Bäckereien, ein Seniorentreff und das Arbeitermuseum in der Husemannstraße. Einen solchen Ausgang hatte keineR erwartet und niemand konnte ihn rechtfertigen. Die lokalen Autonomen schrieben daher eine "Entschuldigung" an die Kiezbevölkerung, in der sie versprachen, dafür zu sorgen, daß so eine Schweinerei nicht noch mal passiert.
Aus beiden Erfahrungen - der Unmöglichkeit, Auseinandersetzungen in die Westberliner 1.Mai Demo zu tragen und der fehlgegangenen Randale - lernend, organsierten die Prenzlauer Berger - Autonomen 1993 ein Fest auf dem Helmholtzplatz, das sich bewußt von der "revolutionären 1.Mai Demo" abgrenzen und versuchen sollte, zu einem breiteren Zusammengehen im Stadtteil beizutragen. Dabei stieß es mit dem autonom-bolschewisitschen Vorbereitungskomitee zusammen, daß es in diesem Jahr geschafft hatte, die 1.Mai Demo zu usurpieren. Dieses wollte diesmal unbedingt nach Prenzlauer Berg gehen (Begründung: "Weil dort viele Ossis wohnen" - O-Ton Protokoll) und betrachtete unser Straßenfest völlig selbstverständlich als willkommene Ergänzung ihres Umzuges. Wir wollten uns weder in dieser Art und Weise vereinnahmen lassen, noch hatten wir den Eindruck, daß dieses Komitee in irgendeiner Art und Weise zu einem neuen Umgehen mit den stalinistischen Exzessen der Vorjahre gefunden hatte und lehnten diese Idee darum ab. Nach einem Beitrag in der Interim (Nr.236), in dem wir unmißverständlich "Bleibt, wo ihr seid" gefordert hatten, bemühte sich endlich eine Delegation, bestehend aus einer ehemaligen Pionierleiterin, einem prominenten Nachwuchs-Thälmann und der später als V-Frau enttarnten Christine Schindtke zum Festvorbereitungskomitee in die Oderberger Straße. Dort kam es dann zum völligen Eklat. Das Demo-Vorbereitungskomitee erklärte uns, daß es notfalls auch gegen unseren Willen eine Demonstration durchsetzen werde. Daß dies nicht stattfand, ist allein der Berliner Polizei zu verdanken, die die Demo am Alex aufrieb. Uns sind bis jetzt keine Diskussionen von West-Autonomen bekannt geworden, die das kolonialistische Verhalten ihrer Demo-Leitung thematisiert haben.

1994 fiel in allgemeiner Ratlosigkeit in's Wasser. Erst 1995 fand sich in Prenzlauer Berg wieder (diesmal andere) Gruppen bereit, ein Fest (auf dem Humannplatz) zu organisieren, daß vor allem auf Gruppen im Kiez zielen sollte. Von der autonomen Szene wurde es als willkommener Nachschlag zum Ostern-Autonomen-Kongreß bzw. als Ersatz für die ausgefallene Demo wahrgenommen - also: the same procedure as every year, nur geänderter Ort.
Viel wichtiger waren 1995 aber wohl die Ereignisse um die Walpurgisnacht - ein spontanes Aufbegehren gegen den Versuch der Bullen, ein von niemanden organisiertes, aber trotzdem seit den letzten Jahren der DDR regelmäßig stattfindendes Kiezfest in Prenzlauer Berg aufzumischen. Dabei stießen sie erstmals im Kiez auf breite Gegenwehr. Alles war möglich: Wer Steine werfen wollte, der warf eben Steine, wem Sitzblockaden lieber waren, der machte eben das. Die Bullen bekamen die Lage bis in die Morgenstunden nicht unter Kontrolle. Einen Tag später begann die interpretative Vereinnahmung des Ereignisses. Für die Springer-Presse war es wie immer eine "Nacht der Chaoten", für die taz war Kreuzberg endgültig "langweilig" geworden, die "Szene" habe sich ostwärts verlagert. Alte Autonome versicherten uns, es sei genauso wie früher in Kreuzberg gewesen (und nun wollten sie wirklich endlich hierher ziehen) und für Leute vom 1.Mai Plenum 1996, denen sonst alles in diesem Stadtbezirk scheißegal ist, ist die Walpurgisnacht plötzlich ein Punkt, auf den sie sich "beziehen" können und der beweist, daß es auch "im (d.h. in!) Prenzlauer Berg genügend Leute gibt, die sich offensiv gegen den Staat auflehnen." (was auch immer das heißen mag). West-Interpretationen, West-Begriffe, West-Schlußfolgerungen. Wer Ereignisse wie die Walpurgisnacht nur durch die Kreuzberger Brille sieht, kann den "dicken Filz aus linksliberalen Initiativen und Ostalternativfetischisten" nicht verstehen und sollte als "Linksradikaler" wirklich lieber in Kreuzberg, in der Kreutziger Straße oder im Buddelkasten "agieren". Denn er kann in all seinen Bemühungen immer nur zu denselben althergebrachten Ritualen finden.

Nachdem dieses Jahr wieder irgendwo ausgeheckt wurde, daß es eine 1.Mai-Demo nach Prenzlauer Berg geben soll, trafen sich die lokalen Autonomen (Festvorbereitung, Antifa, Stadtteil und Einzelpersonen) ersteinmal, um zu besprechen, was sie von dieser Idee halten. Ziemlich schnell wurde man sich einig, daß man auf eine Neuauflage der vergangenen Jahre keinen Bock hat. Das wurde der anwesenden Delegierten (einer Frau aus der AAB) der "Rev. 1.Mai Demo" auch mit auf den Weg gegeben. Dazu der Hinweis, daß man keine Demo tolerieren werde, in der Stalinisten mitmischen.
Das Ergebnis:
- dieses Treffen wurde nie mehr erwähnt, es wird bis heute von der 1.Mai-Vorbereitung behandelt, als habe es nicht stattgefunden
- die RIM/RK marschieren dieses Jahr nicht nur mit, sondern durften die Demo sogar mit vorbereiten. Daß wir sie jetzt nicht auf dem Hals haben werden, ist nicht einer Auseinandersetzung geschuldet, sondern nur ihrer Verbohrtheit, nur in Kreuzberg demonstrieren zu wollen
- die Auseinandersetzung mit Stalinismus fällt noch hinter das Westberliner Niveau der 80er Jahre zurück, im Aufruf wimmelt es nur so von bolschewistischen Klischees
- die 1.Mai Demo geht nach Prenzlauer Berg, zur Begründung ist den VorbereiterInnen selbst ein Bezug auf die 1992er Helmholtzplatz-Randale nicht zu blöd

In Berlin scheint sich jedes Jahr von neuem eine Handvoll Idioten zu finden, die mit dem 1.Mai immer ein Stückchen weiter hinter die Diskussionen der letzten Jahre zurückgehen müssen. Da hilft kein besseres Wissen, da hilft kein Kritisieren.
Die diesjährige Demonstration ist nicht nur ein schlechter Aufguß von 1993, sondern steigert die damaligen Unverschämtheiten geradezu in's Absurde. Nicht-Wissen ist keine Entschuldigung. Nach fünf Jahren Annexion sind wir nicht mehr bereit, immer neuen Leuten, die das überhaupt nicht interessiert, zu erklären, was wir hier warum nicht gut finden. Wer eine Demo in diesem Stadtteil machen will hat sich gefälligst damit auseinanderzusetzen, und nicht umgekehrt. Die einzige Schlußfolgerung für viele Leute in Prenzlauer Berg ist daher: Bleibt drüben! Wenn Ihr Euch nicht mit uns auseinandersetzen wollt, laßt uns wenigstens in Ruhe!
Mit dieser Demonstration haben wir nichts mehr zu tun, weil wir seit Jahren von der Situation in unserem Stadtteil ausgehend versuchen, mit den Menschen hier einen sozialen Widerstand aufzubauen. Mit den großfressigen Revolutions-Attitüden des 1.Mai-Plenums hat ~~das~~ in der Tat nichts mehr zu tun. Wir halten Eure Demo für sektiererische Ghetto-Kacke und haben ~~keine~~ Probleme mehr damit, daß notfalls auch öffentlich zu sagen.

revolutionäre O.S.T.B.L.O.C.K. - Gruppe (S 1+2)

Antwort auf das Papier „einiger Massenmilitanten":

Arroganz ist schlimm - Unwissenheit nicht besser

Nach dem Ihr die Dreistigkeit bessen habt, auf ein Schreiben, daß eure Demonstration praktisch aus unserem Stadtbezirk ausgeladen hat, mit keinem Wort inhaltlich zu reagieren, verbreitet Ihr statt dessen in der INTERIM ein bruchstückhaftes Wissen über das, was ihr für die Scene hier haltet. Denoch eine kurze Antwort.

zu 1. „go to kreuzigerstreet"

Die Anspielung in der Überschrift bezieht sich weniger auf die Auseinandersetzungen um den geräumten Abenteuerspielplatz, als viel mehr auf einen von jungen Westautonomen besetzten Straßenzug in Ostberlin. Dort werden in einer Umgebung, die noch ganz Osten ist, die Scenerituale des Westens nachgespielt. Eine größere Distanz der sog. politischen Zusammenhänge zur sozialen Realität ist kaum vorstellbar. Der Plan, dieses kolonialisierende Verhalten nun auch noch auf andere Stadtteile zu übertragen, stieß auf unseren Unmut, der sich in der Überschrift in einem freundlich formulierten „Bleibt, wo ihr seid" ausdrückte.

zu 2. „Militanzfetisch"

Abgesehen, daß wir Euch weder in Vergangenheit noch jetzt irgendetwas "schuldig" sind, doch die Frage, was ihr gegen „Genauigkeit und Verantwortung" beim Umgang mit Militanz habt. Wir jedenfalls haben keine Lust, auch dieses Jahr wieder darauf achten zu müssen, daß keine kleinen Läden und Autos zerstört werden oder Leute Brandsätze in Geschäfte bewohnter Häuser legen wollen - alles Sachen, die im letzten Jahr vorgekommen sind.

zu 3. Walpurgisauseinandersetzungen

Im letzten Jahr wurde das seit 1989 stattfindende Fest, unter dem Vorwand die frisch sanierte Rasenfläche zu schützen, von den Bullen angegriffen. Viele Leute haben sich dagegen gewehrt. Daraus jedoch die breite Bereitschaft zu erkennen, sich gegen den Staat aufzulehnen, ist Revolutionsromantik pur. Wenn sich Menschen gegen irgendetwas auflehen und Widerstand leisten machen sie das fast jeden Tag und nicht am 30.4. und auch nicht am 1.Mai. Ein nächtliches Spektakel und eine „revolutionäre" Demo können keine kontinuierliche Politik ersetzen.

Wenn ihr euch schon auf das Walpurgisfest beziehen wollt, so hättet ihr an den Ereignisen des letzten Jahres auch sehen können, die Leute hier wollen sich lieber selbst organisieren. Dazu braucht es weder Bullen, noch Festorganisatoren und auch keine Revolutionäre Demo, die von außen hereingetragen wird.

zu 4. Humannplatzfest - Ordnungsdienst

Wir kennen diese Geschichte nicht und verstehen auch nicht für oder gegen was ein solches Argument ins Feld geführt wird. Wenn ihr damit andeuten wollt, die Festvorbereitung hat nicht die selben Kriterien wie ihr, und müßte „durch massive Interventionen" von euch erzogen werden, dann würden wir das als eine anmaßende Einmischung empfinden, die euch nicht zusteht. Ihr kennt scheinbar weder die Zwänge einer Festvorbereitung noch könnt ihr euch vorstellen, ein Fest mit Leuten zu feiern, die keinen Bock auf Randale haben.

zu 5. „ linksliberaler Ostfilz" und „Walpurgis '96"

In eurem Text unterstellt ihr einen „dicker Filz von linksliberalen Initiativen und Ostalternativfetischisten (würde) ein agieren für Linksradikale" verhindern und versucht uns da irgendwo mit einzuordnen.

Wenn linksradikale Politik nicht nur auf millitante Auseinandersetzungen verkürzt wird, sondern darunter vielmehr der Aufbau sozialen Widerstandes verstanden wird, hat sie vor allem damit zu tun, konkret an den Alltagsproblemen Optionen des sich zur Wehr setzens aufzuzeigen. Das ist weder ohne einen realen Kontakt zu den Menschen, noch ohne einen Bezug auf ihre Probleme möglich. In diesem Verständnis, auch wenn ihre es euch vieleicht nicht vorstellen könnt, gibt es sogar in Prenzlauer Berg linksradikale Gruppen. Nur eure eingeengte Scenewahrnehmung hindert euch daran diese Ansätze zu erkennen. Abgedroschene Revolutionsparolen wie in eurem Aufruf schrecken die meisten Menschen ab. Ohne auf ihre Lebensbedingungen einzugehen und ohne irgendeine Handlungsmöglichkeit aufzuzeigen sind sie einfach hohle Phrasen. Oder stellt ihr euch wirklich vor, daß nachdem eine Demo mit „radikalen" Parolen durch die Straßen gewalzt ist, die Leute anfangen „die Verhältnisse umzuwälzen" und die „deutschen Zustände zu beenden"? Deshalb haben wir euch auch erklärt, warum wir eine Demonstration wie die am 1.Mai für nicht sehr produktiv halten, um es mal sehr solidarisch auszudrücken.

Um eine „klare Stellungnahme" zu bekommen, wie es zu dem Konzept für die Walpurgisnacht kommen konnte, welche Gruppen/Zusammenhänge sich daran beteiligen seid ihr beim Baobab sicher an der falschen Stelle gelandet. Ganz schön peinlich, wenn man sich über Sachen aufregt, von denen man keine Ahnung hat. Ein kleiner Tip: lest mal Zeitung, wir haben es extra für euch sogar für die INTERIM (Nr. 368) kopiert.

Soweit zu eurer „Antwort".

Als Gruppen, die Stadtteile - als Schnittstellen sozialer wie ökonomischer Verhältnisse - für keine überholten Orte der Politik halten und hier ganz konkret die Bedingungen der Annektion thematisieren, stört es uns weniger, daß ihr uns nicht wahrnehmt, sondern vielmehr, daß ihr mit einer Besatzermentalität über die Verhältnisse hier hinweggeht, die sich in ihrer Selbstfixiertheit kaum von den Anschlußmentalitäten der übrigen Gesellschaft unterscheidet.

In diesem Sinne: Bleibt drüben!

rev. O.S.T.B.L.O.C.K.-Gruppe (F1)



WALPURGISNACHT '96

OHNE BULLEN KEIN KRAWALL!

Blick zurück, letztes Jahr 30.April: Ein paar tausend Menschen finden sich - wie jedes Jahr seit 1989 - auf dem Kollwitzplatz ein, um zu feiern, zu trinken und um die Walpurgisnachtfeuer zu tanzen. Gegen 22 Uhr stürmt plötzlich die Polizei das Fest - Tränengas in die Menge, Wasserwerfer gegen Rollstuhlfahrer, Knüppel marsch. Die Leute beginnen sich zu wehren. Sie lassen sich nicht vertreiben, blockieren die Straße, einige werfen mit Steinen. Bis zum Morgengrauen gelingt es der Polizei nicht, die Situation unter Kontrolle zu kriegen.

Dieses Jahr soll alles anders laufen. Die Freiräume von- 1989/90 werden wieder genehmigungspflichtig gemacht. Wer heute feiern will, braucht eine Anmeldung, eine "Sicherheitspartnerschaft" mit der Polizei und den Segen des Bürgermeisters. Die Lagerfeuer werden dieses Jahr von einer "Initiative Walpurgisnacht 96 e.V." angemeldet. Diese stellt auch "Ordnungskräfte", die - von den umliegenden Yuppie-Kneipen bezahlt - für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Feierlichkeiten sorgen sollen. Dazu kommen, ganz wie zu Honeckers Zeiten, mindestens 90 Polizisten in Zivil, die in Stasi-Manier "Zusammenrottungen" verhindern werden. Wasserwerfer und Räumpanzer werden in den Seitenstraßen geparkt, damit sie vom Fest aus nicht gleich zu sehen sind.

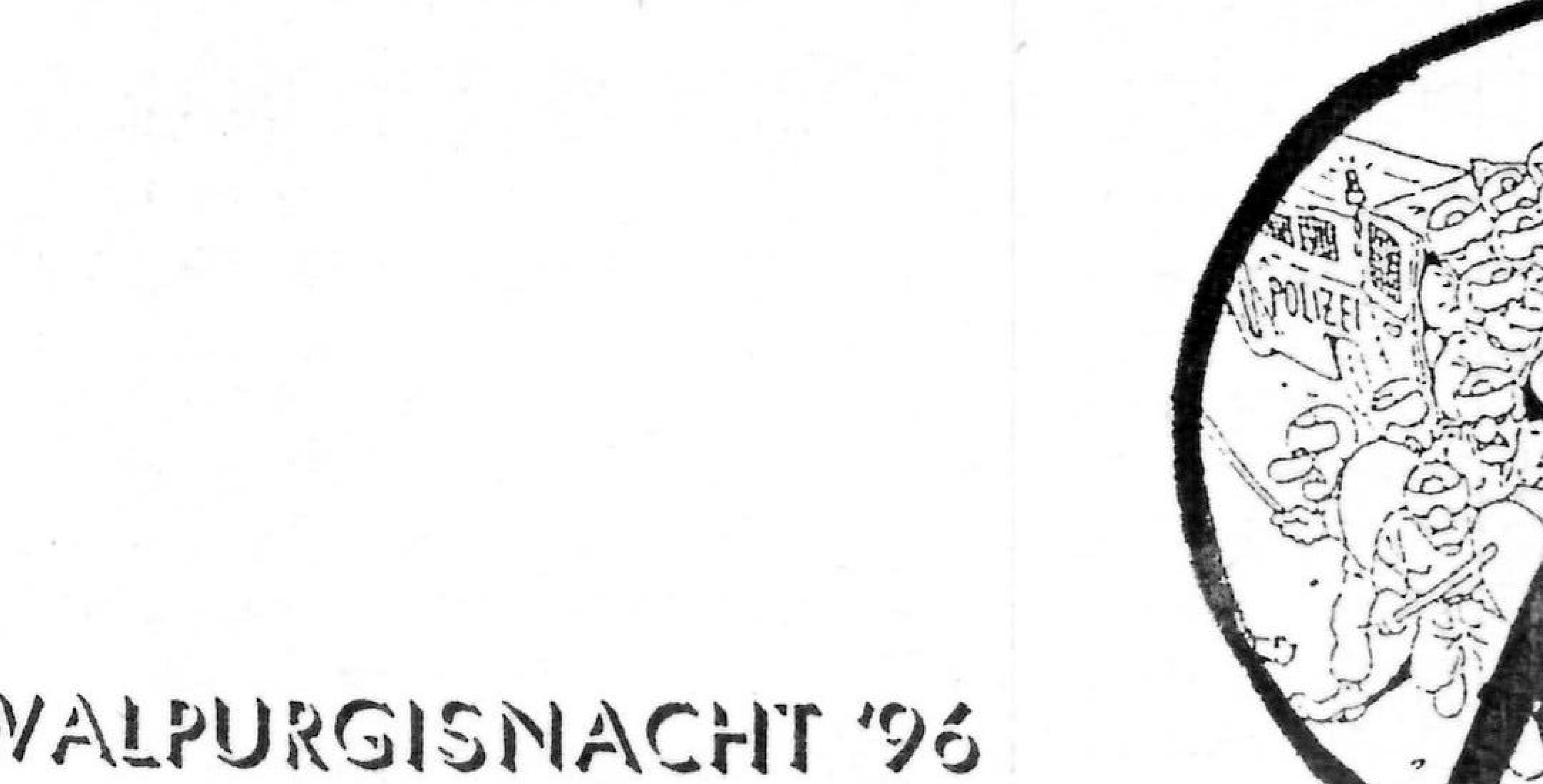
Wir haben es seit 1989 verlernt, unter Polizeiaufsicht zu feiern und wir sind nicht bereit, es wieder zu lernen. Ob es am 30.April zum von vielen befürchteten Krawall kommt, oder nicht, hängt allein vom Verhalten der Staatsmacht ab. Ohne Bullen kein Krawall! Wir feiern, wie wir wollen. Greift die Polizei unser Fest an, werden wir uns zu wehren wissen.

Mit Leuten, die Schaufensterscheiben von Bäckerläden einschmeißen, die Autos unserer Nachbarn demolieren oder durch ihr Verhalten Unbeteiligte gefährden, haben wir aber nichts zu tun. Sie stellen sich gegen den Kiez und kriegen auf's Maul.

In diesem Sinne: Für eine friedliche Walpurgisnacht!

Autonome aus Prenzlauer Berg

Walpurgisnacht 1996 - Bulle in Bürgerkutte
oder
Wer macht den Bock zum Gärtner?



Kein Jahr ist es her, da tobte auf dem Prenzl'-berger Kollwitzplatz der wildgewordene grüne Mob. Genauer gesagt, zur Walpurgisnacht 1995. Von Bezirks-politikern und Bürger-bewegten und um den Kolle-Rasen besorgten Netzwerk Spielkul-turisten alamiert und auf den Plan gerufen, rock-ten mehrer Hundert-schaften wildgewordene Berliner Bereitschaftspo-lizisten, nebst Wasser-werfer und Räumpanzer durch den Kollwitzkiez und und versuchten, letz-endlich allerdings ver-geblich, 2000 bis dato friedlich Fei-ernde, vielleicht etwas zu laute Men-schen aller Couleur auseinanderzu-jagen und deren Feuer zu löschen. Wir berichteten darüber ausführlich im „telegraph". In Folge dieser poli-zeilichen Entgleisung trafen sich vie-le direkt betroffene Menschen und formulierten Empörung und Unmut gegen die Polizei in ein Flugblatt, das im gesamten Stattteil verteilt wurde. Auf einer Bürgerversammlung, die sehr gut besucht war, wurde die Po-lizei fast einmütig als Hauptschuldi-ger der Gewaltätigkeiten benannt. Es wurden Konsequenzen wie Straf-anzeigen, Pressekampagnien ange-kündigt.

Aber die Zeit heilt bekannt-lich schnell Wunden und die Trägheit der Menschen wirkt ein übriges. So kam es, daß schnell Gras über die Sache wuchs. Eins war jedoch klar: 1996 sollte es wieder eine Walpur-gisnacht auf dem Kollwitz-Platz ge-ben, „...ungestört und friedlich!"

Nun ist es wieder soweit. Noch 1 Monat, dann ist wieder Wal-purgisnacht. Und schon im Januar präsentierte sich eine „Initiative Wal-purgisnacht 96" der Öffentlichkeit. Aber Moment mal...., da stimmte doch irgend was nicht. Da hieß es in ihrem Aufruf „...Im Gespräch mit Einzelper-sonen, Initiativen; Angehörigen ver-schiedener politischer Gruppierun-gen, der Feuerwehr,... „ (Na Hopla, was ist das?!) „..., der Polizei und den zuständigen Abteilungen des Bezirks-amts Prenzlauer Berg wurde ein ab-gestimmtes Konzept entwickelt, um dieses Ziel (Walpurgisnacht 96; d. red) zu verwirklichen." Nachtigal ick hör dir trapsen - was läuft denn da. Heißt es doch schon in der ersten Zeile, gegen wen es gehen soll: „...Eine fröhliche Walpurgisnacht, und keiner der Bock auf eine Straßen-schlacht hat, kommt auf seine Ko-sten!..." Ist damit etwa die Randale-süchtige Berliner Polizei gemeint, oder wer soll hier hinterher als Buh-mann herhalten? Sollen nach einem Jahr die Tatsachen verdreht werden. Fakt war doch, daß die Polizei..., aber lassen wir das erst mal.

Durch Zufall kamen wir in den Besitz des Konzeptpapiers für die Wälpurgisnacht 96. Und das ist erst recht starker Tobak und spricht für sich. Aus diesem Grund drucken wir es nachfolgend ab. Somit kann sich jeder ein eigenen Eindruck ma-chen.

D.Wolf

P.S.:
Gutinformierten Kreisen zufolge, wird bereits zu einer Gegendemonstrati-on mobilisiert, und zwar für 22 Uhr am Wasserturm.

Konzept Walpurgisnacht 1996

0.Vorspruch:
Ziel dieses Konzepts ist den friedlichen Charakter des Walpurgisnachtfests auf dem Kollwitzplatz wieder herzustellen. Dieses Fest ist eine der wichtigen lokalen Nachwendetraditionen. Ihre friedliche Weiterführung ist - nach dem Debakel von 1995 - ein Anliegen, dessen Gelingen oder Scheitern über den Bezirk Prenzlauer Berg hinaus von Interesse sein wird. Deshalb kommt dem harmonischen und effektiven Zusammenwirken von Bürgerinitiativen und Behörden bei der Vorbereitung und Durchführung des Fests entscheidene Bedeutung zu.

1. Termin
Nacht 30.4. / 1.5. von 18 Uhr bis 4 Uhr

2. Veranstalter:
Projekte am Kollwitzplatz und Netzwerk Spielkultur im Auftrag der AG Walpurgisnacht, der weiter angehören: Initiative Walpurgisnacht, Betroffenenvertretungen Kollwitz-, Helmholtz-, Teutoburger Platz und Winsstraße, Vertreter der BVV-Fraktionen Prenzlauer Berg (ohne PDS), Polizeiabschnitt 76, Feuerwehr Prenzlauer Berg, Kulturladen, Natur-, Grünflächen-, Tiefbau- und Umweltamt.

3. Festplatz:
Neben dem Kollwitzplatz die Knaakstraße zwischen Kolmarer und Wörther Straße sowie die Kollwitzstraße zwischen Knaakstraße und Wörther Straße.
Das Straßenland wird auf Antrag vom Tiefbauamt für den Autoverkehr gesperrt und mit einem befristeten Parkverbot belegt. Die dafür erforderliche Beschilderung wird vom Tiefbauamt übernommen.

4.Feuer:
Es wird vier Feuer geben: Zwei auf dem Platz, eins auf der Kreuzung Kollwitz-/Knaackstraße und eins auf der Knaackstraße vor oder neben dem Wasserturm.
Die Feuer befinden sich auf mobilen Feuerstellen, die das Natur-und Grünflächenamt zur Verfügung stellt und am 30.4. bis 17.30 Uhr anliefert.
Sie werden von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Prenzlauer berg entzündet, beaufsichtigt und gelöscht. Ein Feuer wird 18.00 Uhr, die übrigen gegen 21 Uhr entzündet. Gelöscht werden sie gegen 4 Uhr.
Das brennbare Material stellt der Veranstalter in Zusammenarbeit mit dem Natur- und Grünflächenamt bis zum 30.4. um 17.30 Uhr an den Feuerstellen bereit.

5.Sicherheit:
Es wird ein Ordnungsdienst gebildet. Den Leiter benennt der Veranstalter. Seine Mitglieder sind junge Freiwillige, die in den Betroffenenvertretungen Kollwitz-, Helmholtz-, Teutoburger Platz und Winsstraße sowie bei den Jusos, Bündnis 90/ Die Grünen und anderen dafür offenen Organisationen bzw.Vereinen geworben werden.
Der Veranstalter benennt eine Veranstaltungsleitung aus drei Personen (Mitglied PAK bzw.Netzwerk Spielkultur, Leiter Ordnungsdienst, Mitglied Initiative Walpurgisnacht 96). Sie verfügt über die Möglichkeit zu Durchsagen auf dem Festplatz.
Mit der Polizei gibt es eine Sicherheitspartnerschaft. Ein Polzeibeamter nimmt an der - vor der Veranstaltung stattfindenden - Einweisung der Mitglieder des Ordnungsdienstes in ihre Tätigkeit teil.
Bis zu zwei Poäzeibeamte erhalten in den hinteren Räumen der Kollwitzstraße 66 (gelbes Fenster) für die Dauer der Veranstaltung eine Arbeitsmögchkeit mit

Telefon. Ca 50-100 Polizisten in Zivil mit Armbinde beteiligen sich an der Sicherung des Festplatzes.
Die Bereitstellung von Einheiten derBereitschaftspolizei erfolgt so, daß sie vom Festplatz aus nicht zu sehen sind, nach Möglichkeit aber überhaupt nicht auf angrenzenden Straßen und Plätzen.
Diese Einheiten oder Teile davon werden nur in Absprache zwischen Veranstaltungsleitung und den Polizeibeamten vor Ort auf den Festplatz geholt.

6. Gertränkeverkauf:
Durch die Gaststätten am Festplatz und im Umfeld werden Getränke während des Fests nur in Papp- oder Plastebechern verkauft. Die Kosten für die Bereitstellung. der Becher übernehmen die Gaststätteninhaber.
Der Veranstalter sorgt in Absprache mit dem Natur- und Grünflächenamt für Müllcontainer auf dem Platz; und Tiefbau- sowie Natur- und Grünflächenamt ordnen die Reinigung des Festplatzes durch die BSR am Morgen des 1.Mai an.

7. Programm:
Es beginnt um 18 Uhr mit einem Kinderfest, das von Projekten am Kollwitzplatz verantwortet und gestaltet wird. Das endet gegen 21 Uhr mit einem Umzug, bei dem - beginnend am Wasserturm - die Feuer entzündet werden. Es wird angestrebt, daß sich an diesem Umzug der Bezirksbürgermeister, weitere Politprominenz (Bezirksamtsmitglieder, Abgeordnete des Bundestages, des Abgeordnetenhauses,der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg) sowie die Akteure des Kulturprogramms beteiligen.
Ein solches Programm gibt es im Anschluß bis gegen 2 Uhr. Es findet dezentral an den Feuern sowie - für stillere Bestandteile, - in der Kollwitzstraße 66, im Ausstellungszentrum am Wasserturm, im Theater o.N. sowie in der Kinderbibliothek am Kollwitzplatz statt. Das Programm wird nicht durchgehend gestaltet, sondern läßt durch seine Pausen Raum für Eigeninitiativen der Festteilnhehmer; die Wiederholung der Freilichtkomponenten des Programms an den verschiedenen Feuern wird vom Veranstalter erwünscht.
Das Management für die Programmgestaltung übernimmt der Kulturladen. Bekanntgemacht wird es einerseits durch Plakate, andererseits durch Megaphone in den Händen von Mitgliedern des Ordnungsdienstes.

8. Finanzierung:
Nach diesem Konzept entstehen dem Veranstalter an folgenden Punkten Kosten: Bereitstellung und Transport des Feuerholzes, Aufstellung von Müllcontainern, Versicherung des Veranstalters, Kinder- und Erwachsenenprogramm; Plakate, Anzeigen u.ä. (s. Anlage); Technik für Durchsagen und Walkie-Talkies; Verpflegung der Ordner und Sanitätsdienst.
Es ist zu klären, wieweit Ämter und Behörden bei der Kostenminimierung helfen können. Unabhängig davon muß einerseits ein Kostenplan (s.Anlage,) erstellt und zum anderen die Finanzierung gesichert werden. Für letzteres ist dreierlei nötig:
a. Aufgrund dieses Konzepts muß das Bezirksamt seine Mittelzusage konkretisieren. Die bisher von Dr.Dennert in Aussicht gestellten 2 500,-DM werden nicht reichen.
b. Es muß ein Antrag auf BVV-Sondermittel gestellt werden, dessen Summe nach der Klärung des Bezirksamtsbeitrags konkretisiert werden kann.
c. Es muß ein Spendenaufruf verfaßt werden, mit dem bei Gaststättenbetreibern, Politikern und Bürgern um Spenden geworben werden kann (s. Anlage)
Für die ordentliche Verwaltung der Mittel ernennt einer der veranstaltenden Vereine eine(n) Finanzverantwortliche(n), die/der ein Unter- bzw. Sonderkonto

Walpurgisnacht einrichtet.

Initiative Walpurgisnacht 96, *beschlossen am 8.Januar 1996)*

Stand der Überlegungen (28. Januar 1996)
Öffentlichkeitsarbeit - Walpurgispacht 1996

Durch die Öffentlichkeitsarbeit für die Walpurgisnacht 1996 soll folgendes erreicht werden :
- Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in den Printmedien, in Funk und Fernsehen und in den Häusern am Kollwitzplatz und am Wasserturm (im gesamten Kietz) soll im Vorfeld mit öffentlicher Information und (vielleicht dadurch) Diskussion eine Athmosphäre geschaffen werden, die für die Bewohner des Kietzes eine friedliche Walpurgisnacht zu etwas-Besonderem macht - und nicht umgekehrt.
- Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann vielleicht erreichen, daß sich im Vorfeld der Walpurgisnacht die Besucher sortieren, Wenn klar und deutlich, und dabei nicht unfreundlich, angesagt wird : Wir wollen friedlich feiern, keine Gewalt, kein Streß bitte. - Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann vielleicht erreichen, daß auch in anderen Stadtteilen Walpurgisfeuer entzündet werden, also Entlastung für den Kollwitzplatz indirekt erreicht wird.

Umsetzung

* Monatliche Informationen über den Stand der Dinge in der VorOrt.
Redaktionsschluß immer zum 20. des Monats, für den Folgemonat, Erscheinung dann immer am Anfang des Folgemonats.
Termine: 20. Februar, 20. März
* vierzehntägig Informationen in den beiden bezirklichen Werbeblättern über den Stand der Dinge durch redaktionelle Beiträge (kostenlos)
- falls das nicht gelingt, zumindest in der 1. und 2. Aprilausgabe Anzeigen mit Kundgabe der Absicht für eine friedliche Walpurgis
- monatlich Informationen über den Stand der Dinge für die „Mittendrin", in der Aprilausgabe evtl. mit Anzeige (200.- DM)
* kleine Flugblätter A5 zur Information der AnwohnerInnen im Kietz
Termin : Mitte April Vorabinformation und am 25. April zur Erinnerung mit Hinweis
auf Ausweichparkmöglichkeiten (unbedingt angeben - bei der Polizei nachfragen
Plakate und kleine Flugblätter zur Information in den Kneipen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen des Kietz zu hinterlegen (ab Mitte April)
Für die Zeit davor:
Pressekonferenz am Freitag, dem 26. April um 1 1.00 Uhr auf dem Kollwitzplatz
Für die Zeit danach :
Pressekonferenz am Mittwoch, dem 1. Mai um 1 1.00 Uhr (falls Krawalle) oder Donnerstag, dem 2. Mai um 1 1. Uhr (falls friedlich)

Auf alle Fälle : danach Beiträge in allen Printmedien mit Berichten über den friedlichen Verlauf der Walpurgisnacht 1996

WOHNRAUM BESCHLAGNAHMT und stillgelegt !!!

Vom 4.-10.4 fand in Berlin das bundesweite Wagentreffen statt. Den Abschluß bildete eine gemeinsame Demonstration mit HausbesetzerInnen unter dem Motto: "gegen fortschreitende Umstrukturierung - die Städte den Menschen, die dort leben". An unserer Demonstration beteiligten sich ca. 400 Leute und 25 Fahrzeuge - teils bewohnte Lkws, teils Zugmaschinen aus dem gesamten Bundesgebiet.

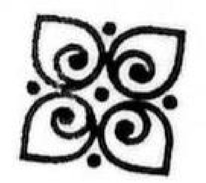
Die genehmigte Demonstration begann in der Köpenicker Straße und endete am Rosa-Luxemburg-Platz. Durch übermäßige und provokative Polizeipräsenz, deren "Notwendigkeit" mit Häuserräumungen und den Vorfällen an der East-Side-Gallery begründet wurde, verzögerte sich der Beginn der Demonstration um mehr als eine Stunde. Mehrere bewohnte Fahrzeuge sollten von der Teilnahme ausgeschlossen werden, da die Polizei deren Einrichtungsgegenstände als "Bewaffnung" deklarierte: Die für uns unentbehrliche Axt zum Holzhacken und unsere Eßbestecke wurden in der Presse zu "Waffen" hochstilisiert. Mehrfach wurden Personen durchsucht; drei Personen wurden durch vorübergehende Festnahme an der Teilnahme gehindert.

Trotz aller Schikanen verlief unsere Demonstration friedlich und lebendig und wurde durchweg positiv aufgenommen.

Eine Abschlußkundgebung beendete die Demonstration am Rosa-Luxemburg-Platz. Als MedienvertreterInnen und viele DemonstrationsteilnehmerInnen bereits gegangen waren und die Demonstration von den VeranstalterInnen aufgelöst wurde, unterzog die Polizei ausgewählte Fahrzeuge einer erneuten Kontrolle. Diese bezog sich jetzt auf die Verkehrssicherheit der Lkws, Traktoren und Anhänger. Akribisch wurden von der Polizei z.T. vermutete Sicherheitsmängel aufgelistet, um die Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen und zu beschlagnahmen zu können. Diese Maßnahmen sehen wir als Schikane und Einschüchterung an:



Einerseits kontrollierte die Polizei nicht alle Fahrzeuge, sondern nur die ersten vier in der Kolonne, was bedeutet, daß es ihnen nicht wirklich um Verkehrssicherheit ging. Andererseits wurden alle Zugmaschinen konfisziert, eine sogar ohne jede technische Untersuchung. Dies kann im Zusammenhang mit den von Innensenator Schönbohm angekündigten Räumungen von Wagenplätzen ohne Schaffung von Ersatzgelände stehen; auf jeden Fall wird es uns so unmöglich gemacht, unsere Wohnungen vor Räumungen zu retten. Es wurden drei Zugmaschinen mit Wohnanhängern und ein bewohnter LKW beschlagnahmt und abgeschleppt. Die Volksbühne bot der Polizei an, die beschlagnahmten Fahrzeuge auf ihrem direkt angrenzenden Privatgelände abzustellen. Die Polizei lehnte ab. Innerhalb einer Stunde wurden eine Familie mit Kind und drei weitere Menschen obdachlos gemacht.



Der zuständige Einsatzleiter war im Laufe der Kontrollen trotz mehrfacher Nachfrage nicht mehr erreichbar. Erst nachdem die Beschlagnahmen unwiderruflich ausgesprochen wurden, fand sich der Einsatzleiter vor Ort ein.



Natürlich standen die Betroffenen und die noch verbliebenen DemonstrationsteilnehmerInnen dem polizeilichen Vorgehen zwar hilflos, aber nicht ohne Protest gegenüber. Unsere Verhandlungsversuche wurden trotz Anwesenheit einer Anwältin von der Polizei ignoriert und Protestreaktionen in Form von Menschenketten und Sitzblockaden mit polizeilicher Gewalt beendet. Dabei wurden fünf Personen wahllos festgenommen und mehrere verletzt.

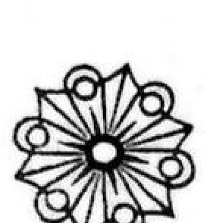


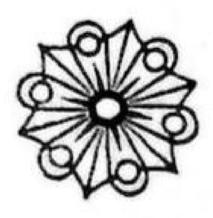


Das aggressive und provokante Vorgehen sollte offensichtlich eine Eskalation bewirken, um eine Verschlechterung des politischen Klimas gegen Wagenplätze und besetzte Häuser in Berlin voranzutreiben. Wir sehen diese geplante Polizeiaktion nicht nur als Produkt allgemeiner Verachtung unserer Lebensform, sondern auch im Zusammenhang mit dem Kalkül, Wagenplätze aus dem Innenstadtbereich zu verdrängen. Stumpf und mit Gewalt soll diese Stadt von allen Menschen "gesäubert" werden, die nicht in die schöne neue Hauptstadtwelt passen.



Die festgenommenen Personen sind wieder draußen. Unsere Fahrzeuge haben wir zwei Tage später auch zurückbekommen, allerdings nach wie vor stillgelegt. Was noch an Kosten auf uns zukommt, ist noch nicht abzusehen; es wird jedoch eine ganze Menge werden.





Wir verurteilen die Kriminalisierung unserer Lebensweise.

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren und die Rücknahme der Kosten für Abschleppung, Sicherstellung, Gutachten und andere überflüssige Schikanen.

Wir fordern, daß BesitzerInnen eines bewohnten, aber verkehrsunsicheren Fahrzeugs in die Lage versetzt werden müssen, den Wohnraum weiter zu bewohnen und das Fahrzeug auf einem selbstgewählten Gelände wieder verkehrssicher zu machen.

Wegen der enormen uns entstandenen Kosten bitten wir um Unterstützung auf das Spendenkonto: Ina Deter, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Kontonr: 753366-101, Stichwort: "Rosa Luxemburg"

PERSPEKTIVE WIDERSTAND ANALYSE

YA BASTA ! ES REICHT! ES IST NICHT NOTWENDIG, DIE WELT ZU EROBERN. ES REICHT, SIE NEU ZU SCHAFFEN . JETZT . HIER . DURCH UNS.

Perspcktiven sozialen Widerstandes in Berlin?

Im Rahmen der Vorbereitung des 1. Europäischen Treffens zum Neoliberalismus für eine menschliche Gesellschaft ist die Frage aufgetaucht, ob nicht eine AG einzurichten wäre, die sich auf konkrete Prozeße und Veränderungen in dieser Stadt bezieht.

Die Frage nach einer AG entwickelte sich nach einem Besuch des wöchentlichen Plenas des Bündnisses gegen Sozialkürzungen. Ziel des Besuches war es die Anwesenden GruppenvertreterInnen zu einer Mitbeteiligung auf dem Treffen einzuladen.
Als Idee existierte bei einigen Vorbereitenden des Treffens möglichst viele unterschiedliche Gruppen aus sozialen/politisch aktiven Kreisen einzuladen um eine breitgefächerte Auseinandersetzung zwischen jenen herzustellen, die sich die nächsten Jahre stärker aufeinanderbeziehen müßten, um nicht von den gesellschaftlichen Veränderungen vollständig überrollt werden. Eine geäußerte Positionen seitens des Sozialbündnisses war eine Gruppeneinladung- wenn wir einen neuen Prozeß zwischen den Gruppen richtig fänden, warum kommen wir nicht auf das Sozialbündnis-dort würde dieser Prozeß stattfinden.
Ob dort tatsächlich ein neuer Prozeß stattfindet der über die klassische Bündnisarbeit hinausragt sei einfach mal als Frage offen gelassen-die „Gegeneinladung“ aber hatte auf jeden Fall ihre Berechtigung.
Nun kann das Sozialbündnis sich ebensowenig zerreißen wie die Mexiko-vorbereitungsgruppe und an den Treffen der jeweilig Anderen teilnehmen, so wünschenswert dies auch wäre.Diese AG würde die Bereitschaft aller beteiligten Frauen und Männer vorraussetzten sich auf Menschen mit unterschiedlichen Realitäten und sozialen Hintergründen, praktischer Arbeit und Widerstandserfahrungen einzulassen. Eine gemeinsame Bestandsaufnahme:- wo steht jede/jeder-welche Probleme hat die jeweilige Gruppe-wo sieht sich die jeweilige Gruppe welchen gesellschaftlichen Angriffen ausgesetzt-was erwartet sie für die Zukunft-etc.
Eine gemeinsame Bestandsaufnahme ist alleine darum schon nötig, um von dem abstrakten und politisch infragegestellten Begriff “Neoliberalismus“herunterzukommen. Die Auswirkungen weltweiter Veränderung spüren wir jetzt schon am eigenen Leib .
Die Bestandsaufnahme wird weiterhin die Vorraussetzung bilden für eine Diskussion, an welchen Punkten unserer Widerstand nicht mehr greift, weil zersplittert, individualisert, vereinzelt und wo die Basis gemeinsamer Ansätze liegen könnten.
Dabei kann es nicht darum gehen, dieses oder jenes Projekt zum Dreh-und Angelpunkt zu machen oder einen Kampf um Ideologien zu führen- dies würde niemanden weiterbringen.
Wir gehen davon aus, daß wir erst wieder ein Gefühl für die Gemeinsamkeiten entwickeln müssen, herrausspüren und analysieren sollten wo der Kampf der Gruppe oo7 mit der Arbeit der Gruppe xy zutun hat und wie daraus eine neue gemeinsame Basis entstehen kann, die soweit tragfähig wird das wir an einem Strang ziehen, obwohl wir in unterschiedlichen Nischen,Projekten, Realitäten zuhause sind. Die Vordiskussionen sind bereits Teil des Prozeßes, dessen Ergebnis nur ein offenes sein kann. Selbst wenn wir bis zum Ende des 1. Europäischen Treffens nicht über Fragestellungen wie der Bestandsaufnahme und wo stehen wir- hinauskämen wäre vielleicht der Anfang geschaffen sich in eine gemeinsame Perspektivdiskussion über die Dauer des 1. europ.Treffens hinaus zu begeben.

Ein schnelles Feed-back wäre super, was also haltet Ihr von der Idee, wie würdet Ihr die Diskussion angehen wollen? Wir schlagen vor, das dieses Feed-back im Rahmen der Interim veröffentlicht wird um durch Transparenz die Mitbeteiligung vieler Gruppen zu ermöglichen, die sich jederzeit noch einklinken können (kurz,knapp geschrieben...Frage an die Interim, wäre das okey?).
Weiterer Kontakt ist über die Mexicogruppe im FDCL möglich:
Tel 030 6946101, Fax 030 6926590, Bürozeiten Montag 19.00-22-00 Mittwoch 16.00-22.00
Nächstes öffentliches Vorbereitungstreffen am DIENSTAG 19.00 Uhr Blauer Salon, Mehringhof (Mittwoch als regulärer Termin kommt wegen 1. Mai nicht in Frage)

PS.: Bei oben genannter Adresse bitte Hinweise und Tips über Schlafplätze, Veranstaltungsorte und ÜbersetzterInnen (mind. Spanisch u. Englisch), Fragt nach was Ihr noch tun könntet. Und wenn Ihr obengenannten AG-Vorschlag gut findet, reicht ihn weiter.
liebe Grüße aus der Vorbereitungsgruppe

Zur Orientierung eine einfache Gliederung des Ablaufes

Donnerstag, den 30.05.96

ab 11.00 Uhr	Anmeldung /Info-Börse im Mehringhof
18.00 Uhr	Auftaktveranstaltung: Podiumsdiskussion
ab 21.00 Uhr	kleiner Empfang im Mehringhof (Schlafbörse)

Freitag, den 31.05.96

10.00-16.00 Uhr	Arbeitsgruppen/Workshops
18.30 Uhr	**Plenum:** Schwerpunkt Analyse
abends	Fete / Kulturprogramm

Samstag, den 01.06.96

10.00-16.00 Uhr	Arbeitsgruppen/Workshops
18.30 Uhr	**Plenum:** Schwerpunkt Widerstand
abends	kulturelles Programm

Sonntag, den 02.06.96

11.00 Uhr	**Abschlußplenum:** Schwerpunkt Perspektiven
14.00 Uhr	**Schlußveranstaltung** Umzug?Demo?........

wenn ihr in Berlin angekommen seid:

Infostelle für das Treffen: Cafe Ex
Mehringhof Gneisenaustr. 2a 10691 Berlin
(U-Bahnhof: Mehringdamm; Linie 6 oder 7)

Bisherige Arbeitsgruppenangebote:

1. Autonomie und Demokratie
2. Politische Gefangene weltweit; Kompagne für ihre Freiheit
3. Fragen zur Solidaritätsarbeit
4. Frauenmigration (nur für Frauen)
5. Klassenkampf in Europa am Beispiel es Massenstreiks in Frankreich
6. Menschenbild in der Gentechnik
7. Kaffeekampagne - Welthandel
8. Politisierung der Subsistenz
9. Was ist Neoliberalismus?
10. Bruchsteine für Perspektiven

Bisherige Veranstaltungen

1. Politikverständnis der Zapatistas (Garcia de Leon)
2. Koordinierung der Volksbewegungen Lateinamerikas (Maria Rojas)
3. Gemeinschaftsprojekt in Tschechien (Barbara Übel)

Genauere Ausführung und endgültiges Programm folgen noch!



TKDV-INFO

Nr. 2 / 11.4.96 - Unregelmäßig erscheinendes Info-Blatt zu TKDV und Antimilitarismus
verzapft von:
TKDV-AG bei der **Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin**
Tel.: 030-61 50 05 30-31, Fax: 030-61 50 05 99

Hallo AntimilitaristInnen und Totalverweigerer!

Dies ist nun schon die zweite Nummer unseres glorreichen Infos. Die Wogen haben sich nach der Medial reichlich ausgeschlachteten Durchsuchung unseres Büros nun wieder etwas geglättet und es wird wieder Zeit, Euch mit den neuesten Infos zu versorgen. Die Zeit der Ostermärsche ist auch vorbei und so können die Kräfte wieder anders eingesetzt werden.

Wer dieses Info in Zukunft regelmäßig bekommen möchte, sollte sich unbedingt zurückmelden samt Angabe, wie dieses unverzichtbare Blättchen denn in Zukunft zugestellt werden soll. Dazu gibt es folgende Möglichkeiten: Per Post (teuer und langsam), per Fax (teuer, aber sofort da) und als dritte Möglichkeit per E-Mail. E-Mail ist die für uns kostengünstigste Variante - wer das Info so bekommen möchte, schickt eine Mail an Kai Osterhage (skai@joker.berlinet.de). Ihr werdet dann in den Verteiler aufgenommen. Auch wer das Teil anders bekommen will, sollte sich zurückmelden und mitteilen, wie das Teil zugestellt werden soll, sonst gibbet dat Dingens nicht mehr.

Ansonsten hat hier doch glatt der Frühling Einzug gehalten, Maiglöckchen und Krokusse überall und Euch geht's hoffentlich auch wunderbar...!

Bis die Tage,
Eure Berliner

Totalverweigerernews

Thorsten Maaß wurde am 12.3.1996 wieder mal von den Feldflegeln in Greifswald - nicht wie von uns gemeldet beim Biertrinken - sondern beim Renovieren verhaftet und anschließend nach Prenzlau verschleppt.

Nachdem Thorsten einige Tage im Arrest verbracht hatte, wurde er in das BW-Krankenhaus nach Berlin gebracht. Nach eingehender Untersuchung wurde ihm mitgeteilt, daß er zur Zeit nicht Wehrdienstfähig sei und aus dem Dienst für ein Jahr entlassen.

Wir wünschen Thorsten an dieser Stelle, daß er weiter untauglich bleibt - ob es der Bundeswehr paßt, oder nicht.

Monty Schädel ist immer noch in Freiheit, und er wartet nun darauf, daß er zum 1.5. - nach zehn Monaten Nichtdienst und zuviel Tagen Arrest - seine Entlassung aus dem Ehrendienst der Nachfolgeorganisation der Wehrmacht erhält. Wir hoffen mit ihm, und freuen uns auf die Entlassungsfeier!

Oliver Bauer trat inzwischen den offenen Vollzug an. Die genaue Adresse gibt's bei der IAT-Berlin. Über Post freut er sich sicherlich.

Carsten Dannel bekam inzwischen seine zweite Einberufung zum 1.10.96. Im Frühjahr '95 wurde er erst zu 90 Tagessätzen á 20,- DM verurteilt. In der Berufungsverhandlung gab's dann 3 Monate auf Bewährung. Sollte er erneut verurteilt werden droht in Berlin nach Oliver Bauer ein weiterer Fall der Doppelbestrafung mit eventueller Haftstrafe.

Daniel Manthy ist inzwischen nach Angaben des Amtsgerichtes Burg bei Magdeburg aus der seit dem 3.3. dauernden U-Haft entlassen worden. Angeblich lief gegen ihn ein Verfahren. Genauere Umstände und das eventuelle Urteil sind uns zur Zeit noch nicht bekannt.

- 12. 4. Vorbereitungstreffen: Vom 13. bis 18. Mai werden auf der **Internationalen Luftfahrt-Ausstellung** auch die neuesten Militärflieger beworben. Ob die Cockpits besetzt oder Friedensflieger eingesetzt werden, darüber wird um 19.30 Uhr im Kampagnenbüro beraten.
- 14. 4. Vorbereitungstreffen: Am 3. und 4. Juni tagt der **NATO-Rat** in Berlin. Eine Demo ist geplant. Ort: Baobab (Winsstr. 53), 14 Uhr, näheres auch im Kampagnenbüro.
- 16. 4. Ob **Ernst Thälmann** als Antimilitarist durchgehen könnte, sei dahingestellt. Jedenfalls begeht ein antifaschistisches Bündnis mit der VVN Prenzlauer Berg seinen 110. Geburtstag und will sowohl aller Widerstandskämpfer gegen den Nazismus gedenken als auch über den antifaschistischen Kampf diskutieren. Von 10 bis 18 Uhr rund um den Thälmann-Kopf an der Greifswalder Straße.
- 16. 4. Erste große Vollversammlung zum **AMOK-Projekt**: Parade des Antimilitärischen Oberjubelkomitees zur Verhohnepiepelung der Bundeswehr (3. 10.). 18 Uhr im BKA-Zelt.
- 18.4. **Beratertreffen** mit Anwälten, 19 Uhr in den Räumen der Kampagne.
- 19. - 21. 4. Zehn Jahre **Tschernobyl**: Eine aktuelle Bilanz der Folgen. Eine größere Veranstaltung mit etlichen Vorträgen, mitveranstaltet von den Ärzten gegen Atomkrieg. Beginn am 19. 4. um 15 Uhr im Audimax der Humboldt-Uni.
- 20. 4. **Berliner gegen Landminen**, 11.55 Uhr am Brandenburger Tor.
- 22. 4. Erstes Treffen zur Vorbereitung der Proteste gegen das öffentliche **Gelöbnis** der Bundeswehr. Um 19 Uhr in den Räumen der Kampagne.
- 26 4. 10 Jahre Tschernobyl: Solar-Walk am Kottbusser Tor, 15 Uhr. Kontakt: BUND-Jugend, Tel. 3928280.
- 1.5.: Revolutionäre **Erstemaidemo.** Je nach politischer Couleur ab Oranienplatz bzw. Rosa-Luxemburg-Platz oder gleich anschließend am Humannplatz.
- 3. 5. Prozeß gegen den Totalen Kriegsdienstverweigerer Sascha Braumann, 12 Uhr im Landgericht.
- 8. 5. 50 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus: Kundgebung der Antifa Treptow - BdA gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und rassistische Politik um 18 Uhr am Ehrenmal im Treptower Park. Es singt der Hans-Beimler-Chor.

Veranstaltungsreihe: Zur Aktualität gewaltfreier Strategien der Konfliktaustragung.

- 26. 4. Um 19.30 Uhr: Herbert Fischer, Botschafter a. D. in Indien: „Über Meine Zeit mit **Mahatma Gandhi.**"
- 3. 5. Von den Friedensbrigaden zum Zivilen Friedensdienst - **Gewaltfreies Eingreifen** in kriegerische Konflikte. Referent Christian Büttner vom Institut für Friedensarbeit. Ort jeweils: Archiv für europäische Sicherheit, Rosa-Luxemburg-Straße 19, Berlin.

Berliner Fahnenflucht



Nr. 10 — Antimilitaristisches Aktionsblatt — 12.04.1996

Kein Platz für die Bundeswehr!

„Endlich können alle dabei sein", freute sich die Bild-Zeitung: Am 31. Mai will die Bundeswehr erstmals in ihrer Geschichte in Berlin ein öffentliches Gelöbnis durchführen. Die neuen Rekruten sollen vor dem Schloß Charlottenburg ihre Bereitschaft geloben, Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen, und so öffentlich bekunden, daß sie Gewissen und Handlungsautonomie aufgeben und sich der Kommandogewalt ihrer Vorgesetzten unterordnen. Daran, daß ausgerechnet eine Horde schwerbewaffneter Jungs, deren Großhirn per Soldatengesetz ausgeschaltet zu sein hat, die Freiheit verteidigen soll, glauben wir sowieso nicht. Die versuchen im Gegenteil, ihre KritikerInnen mundtot zu machen, wie jüngst bei der von General Schönbohm zu verantwortenden Durchsuchungsaktion zu erleben war. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die bereits 1992 im Verteidigungsministerium entwickelt wurden, erklären ganz offen, daß es nicht um die Freiheit des deutschen Volkes geht, sondern darum, den freien Welthandel und den Zugang der deutschen Wirtschaft zu Rohstoffquellen zu sichern. Gerne sterben und morden für billiges Öl...

Diese Bemühungen sind nun in Berlin am wenigsten gerne gesehen; bislang blieben die Oliven deshalb bei ihren Gelöbnissen lieber innerhalb der dicken Kasernenmauern. Fünf Jahre nach Aufhebung des entmilitarisierten Status von (West-)Berlin wollen sie sich nun erstmals trauen, uns alle dabei sein zu lassen - diese Einladung nehmen wir denn auch gerne an!

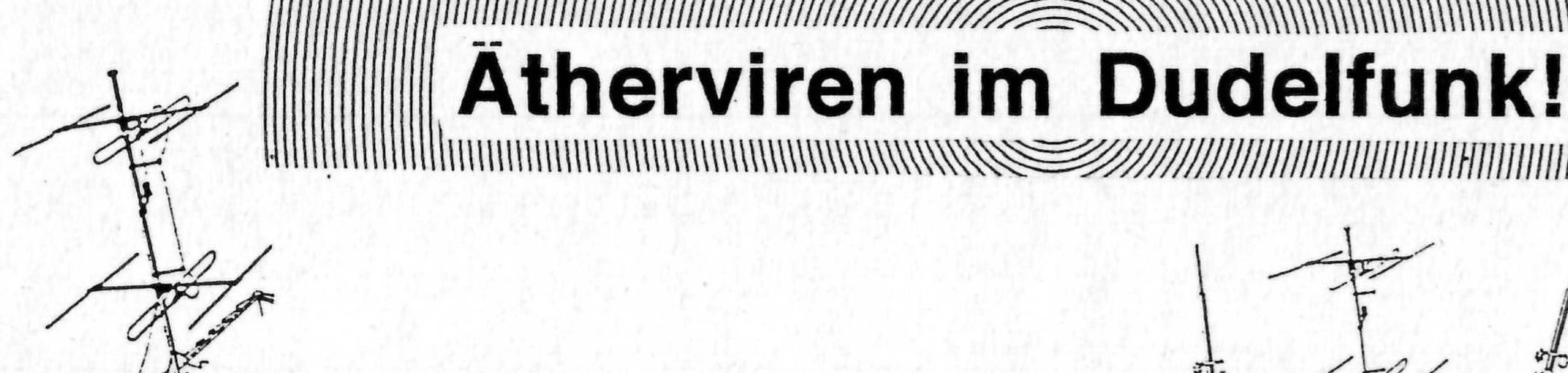
Dieser Versuch der Bundeswehr, in Berlin Boden zu gewinnen, soll nicht unbeantwortet bleiben. Wir rufen Euch also auf: Zeigt der Bundeswehr am 31. Mai, daß sie unerwünscht ist, daß sie hier kein Bein auf öffentliche Plätze kriegt! Wenn sie ihren Plan tatsächlich durchziehen will, soll sie daran keinen Gefallen finden. Zur Vorbereitung der Proteste finden am 15. April sowie 22. April jeweils um 19 Uhr in den Räumen der Kampagne erste Treffen statt.

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste + Militär

Oranienstr. 25
10999 Berlin
Fon 030/615 005 30/31
Fax 030/615 005 29

Bankverbindung:
Konto 199 567
BLZ 500 901 00
Ökobank e.G.

Email campaign@berlin.snafu.de
WWW http://www.snafu.de/~campaign



Ätherviren im Dudelfunk!

Hallo und Tach bzw. Moin

Die ÄtherparasitInnen grüßen euch!
Wir betreiben seit längerem in dieser schönen Stadt einen Störsender und überlagern damit mit Vorliebe die Frequenz 100,6, aber auch andere Sender, um deren eintöniges Programm etwas aufzulockern. Dabei ist es uns durchaus gelungen, sie immer wieder so zu ärgern, daß sie den Staatsschutz eingeschaltet haben.
Was uns fehlt, ist eine Rückkoppelung und Diskussion mit EUCH. Deshalb haben wir uns entschlossen, was zu unserem Selbstverständnis zu schreiben.

WARUM KEINE EIGENE FREQUENZ

Wir verstehen uns als Störsender, d.h. wir sind im Gegensatz zu Radio Pi nicht daran interessiert, auf einer eigenen Frequenz zu senden. Warum?

Begründung A: Während es mittlerweise z.B. relativ einfach ist, etwas Gedrucktes zu verbreiten (Schreibmaschine oder Compi und ein Kopierer), ist Radio, was die Zugänglichkeit der Technologie und ihre Nutzung angeht, schwerer zu machen; konkret ist es hier illegal, einen Sender zu besitzen und zu benutzen. Das bedeutet, daß die Verfügungsgewalt über ein wichtiges Medium in den Händen einiger weniger liegt (Medienrat, in dem Spitzen aus Politik und Wirtschaft unseres geliebten Staates sitzen), die bestimmen, wer hier was senden darf und wer nicht. Hier zu stören und zu zeigen, daß wir keine Lust haben, um Erlaubnis zu bitten, ist uns Anreiz genug.
Beim TV ist das alles noch verschärfter und hier fehlt uns leider noch die Technologie.
Nebenbei: weiß von euch wer, wo der Fernsehstörsender abgeblieben ist, von dem in dem 2.Juni-Buch die Rede ist bzw.wie man/frau den Tagesschauton überblenden kann?????



Begründung B: Wir leben mitten in einer Informationsflut. Fast jede Information ist hier in den Metropolen zugänglich, wenn mensch sie haben will. Immer mehr Sender streiten sich um immer weniger HörerInnen. Auf einer eigenen Frequenz zu senden, bedeutet dementsprechend, der Flut noch ein paar Wassertropfen hinzuzufügen, die untergehen. Wir dagegen wollen nicht nur etwas anbieten und darauf vertrauen, daß irgendwer uns einschaltet. Wir finden es vielmehr sinnvoller, das, was wir zu sagen haben, den HörerInnen aufzudrängen. Uns muß mensch nicht einschalten, wir kommen von selbst. Deshalb hört mensch uns auch - unter anderem - auf dem meistgehörten Sender in Berlin, 100,6.
Anmerkung: Ein eigener Sender, wie Radio 100 es ansatzweise war, ist natürlich als Medium für die Szene mehr als sinnvoll, aber das ist einfach ein anderes Konzept.

Begründung C: ÄtherparasitInnen benutzen bestehende Strukturen, um zu leben. Wir existieren in dieser Form nur, weil es einen Dudelfunk gibt. Der Müll im Äther und der Müll in den Hirnen sind kaum noch entwirrbar. Information im Sinn von Gegenöfentlichkeit hat sich überlebt; sie wird nur von sowieso Sensibilisierten wahrgenommen, und auch da nur selektiv. Auf eine Mündigkeit der HörerInnen zu hoffen, ist Energieverschwendung. ÄtherparasitInnen verstehen sich als souveränes Medium. Sie tauchen auf und verschwinden. Sie sagen,

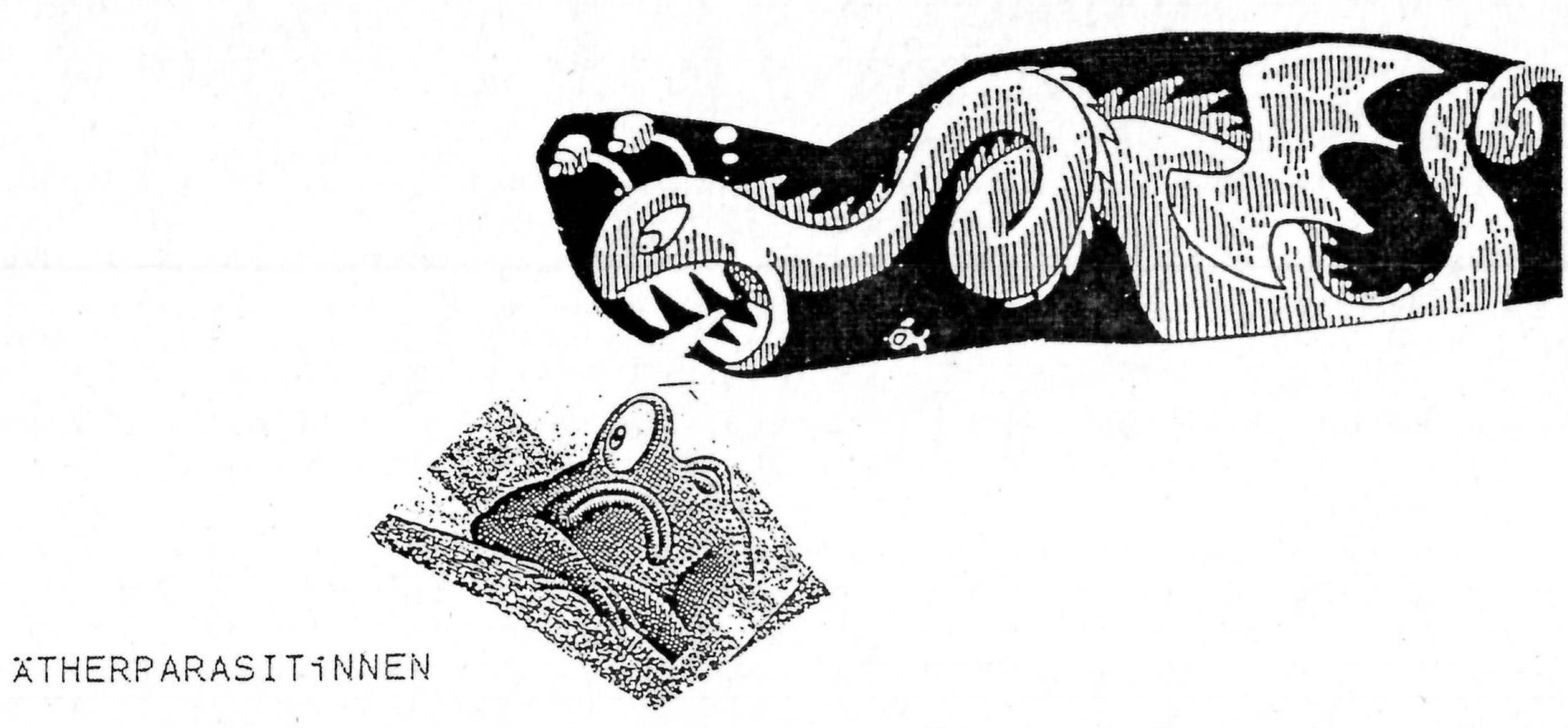
was sie zu sagen haben und das ist manchmal auch gar nichts. Und das Nichts ist immer noch mehr als das, was sonst im Radio läuft. Ätherparasiten provozieren durch ihre pure Existenz als Störfaktor in der allumfassenden Informationsmuzak.



... UND TROTZDEM INHALTE??

Wenn wir ausschließlich stören wollten, könnten wir auch einfach nur Stille, schrille Töne oder sonst was über den Äther schicken. Das finden wir auch ganz schick, aber das reicht uns nicht.
D.h. wir wollen schon auch Inhalte auf diesem Weg vermitteln - wobei es uns einerseits besonders wichtig ist, Information aus einem linksradikalen Blickwinkel zu betrachten und so in einen anderen Kontext zu stellen und andererseits über Povokationen Reaktionen herauszufordern.
Wir stehen mitten in einem Prozeß, wie wir auf verschiedene Art und Weise möglichst gut mit diesem Medium umgehen können. Eine der Hauptfragen für uns ist dabei, wie wir unsere technischen Möglichkeiten und personellen Resourcen derart verbessern könnern, daß wir erstens aktueller und spontaner agieren können, d.h. unsere Vorbereitungszeit zu minimieren, und zweitens für mehr Gruppen nutzbar werden. D.h. raus aus dem Kleingruppensumpf und hin zu mehr verschiedenen Inhalten, die sich z.B. nicht mehr daran orientieren müssen, daß keine inhaltlichen Spuren zu beteiligten Personen führen (Grüße an den Staatsschutz, so einfach geht's nicht). Was auch bedeutet, daß wir zwangsweise zu Themen arbeiten, von denen wir nicht soooo viel Ahnung haben.
Lösungen haben wir nicht anzubieten, aber kommt ja auch was von EUCH...
Nochmal zurück zu den Inhalten...
Klar ist folgendes: ÄtherparasitInnen richten sich nicht unbedingt an Gleichgesinnte (und wenn, dann eher zufällig). Unsere AdressatInnen sitzen `außerhalb'.
Klar ist auch: An klassische Aufklärung der ungebildeten Massen, die nur das richtige Wissen brauchen, um sich endlich zu wehren, glauben wir nicht.
Klar ist weiterhin: So lange uns nichts Besseres einfällt, laufen wir immer wieder Gefahr, genau das zu wiederholen und unsere Energie im luftleeren Raum verpuffen zu lassen. Aber auf Inhalte ganz verzichten wollen wir wie gesagt - vielleicht auch wider besseren Wissens - nicht.
Da wir im Moment also klar haben, das wir diese Frage kaum konsensmäßig beantworten können, geht es uns vielmehr ums WIE. Wie kann eine Störsendung eine möglichst große Wirkung hinterlassen? Geht das nur mit möglichst drastischer Provo, bei der jede Differenzierung sowieso hintenrunter fällt oder gibt es auch subtilere Methoden? Ist es sinnvoll, sich in der Form einem gut gemachten Radiofeature zu einem Thema anzunähern oder geht dabei die eigene Qualität des Störens den Bach runter (= warum das Ganze nicht auf einem legalen Sender senden)? Zumal zumindest die Medien in ihren Reaktionen nur auf Provo abfahren und sich die entsprechenden Inhalte selbst zurechtbasteln. Und wie war das gleich noch mit dem Verhältnis von Form und Inhalt? Oder sitzen wir nicht einem Irrglauben auf, wenn wir meinen, daß Information zwar prinzipiell zugänglich ist, sie aber immer aus einem größeren (dann natürlich die Schweinereien erhellenden) Zusammenhang gerissen wird, den wir zumindest versuchen könnten, wiederherzustellen? Und wie kriegen wir

es hin, daß bei den Leuten nicht gleich die Klappe runtergeht, wenn wir zu senden anfangen - und wollen wir das überhaupt??
Fragen über Fragen und viel Chaos in unseren Köpfen, aber vielleicht fällt EUCH ja was dazu ein ... von uns nur noch eine klein Idee:



ÄTHERPARASITiNNEN

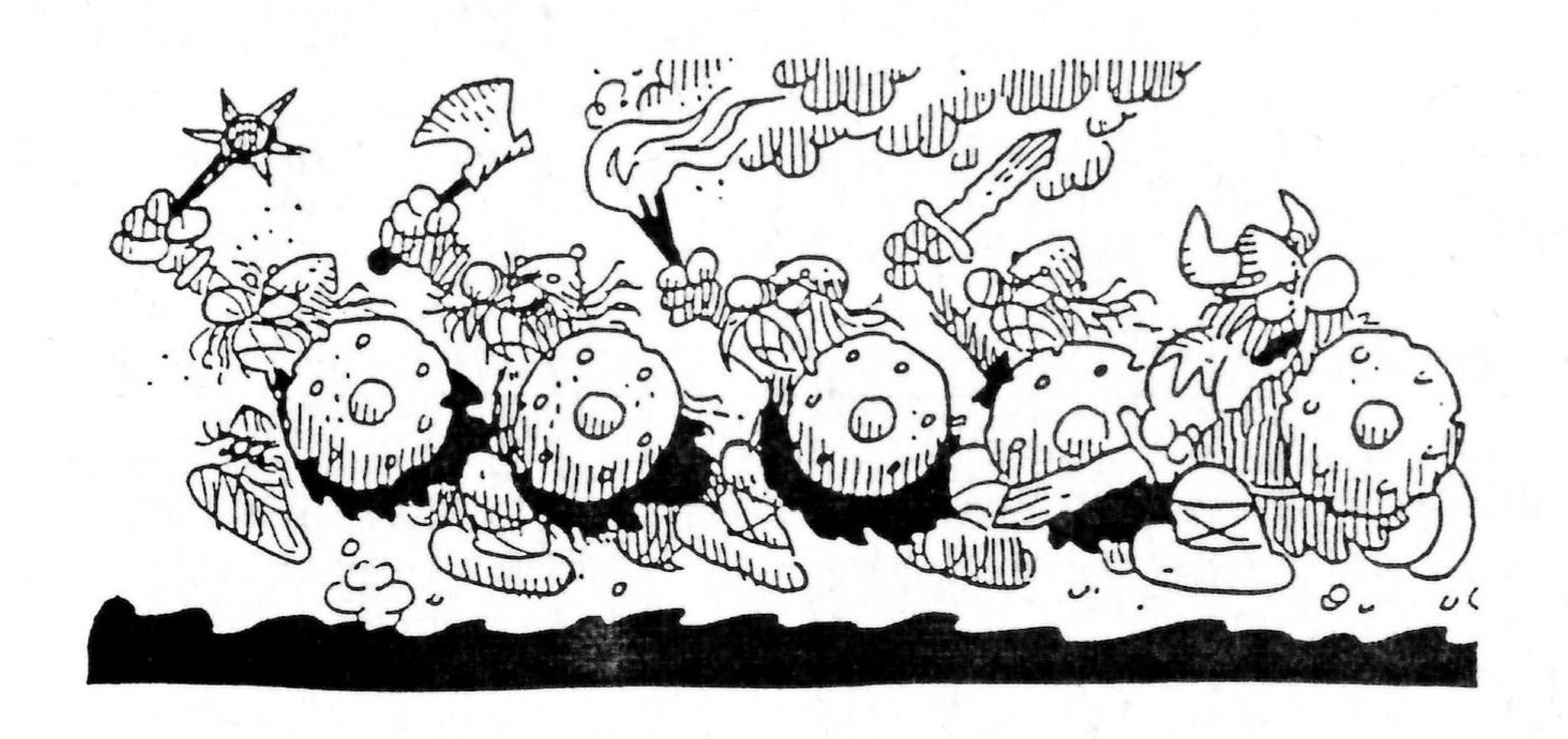
funktionieren wie ein Computervirus: Wir zerstören eine vorgegebene Programmstruktur auf drei mögliche Arten:
Erstens: Möglichst große Provokation mit dem Ziel maximaler Aufregung, HörerInnen schalten ab oder suchen zeitweilig einen anderen Sender. Medien geifern.
Zweitens: Möglichst unbemerkt einschleichen und unauffällig andere Codierungen vornehmen. HörerInnen kriegen die Störung entweder erstmal oder gar nicht mit, hören also weiter. Medien sind eher desinteressiert. Sender bemerkt die Störung, verschweigt sie aber möglicherweise der öffentlichkeit.

a) Sendungen faken mit Originaljingles und ReporterInnennamen
b) Gutgemachte unterhaltsame radiotaugliche Features zu bestimmten Themen, die unser eigenes Jingle erst am Ende der Sendung haben.

Für a) und b) gilt: der Zeitpunkt der Aktivierung des Virus ist immens wichtig!!
Drittens: Chaos. Niemand weiß, was eigentlich abgeht, HörerInnen glauben, ihr Gerät oder der Sender seien defekt. Sender weiß es besser. Medienreaktion unklar.

So, das wars erst mal! Wir hören uns wieder

ÄtherparasitInnen



INFORMATIONS-SAMMELSTELLE

zu den Fragen der

INFORMATIONS-WIEDERBESCHAFFUNG & INFORMATIONS-AUSGLEICHSTELLE

(Interim 357, 361 und 367)

Bei den Durchsuchungen am 13.6.95 ließen die Bullen über 1000 Disketten mitgehen, wobei der weitaus größte Teil als für das Verfahren irrelevant bezeichnet und z.T. wieder ausgehändigt wurde.

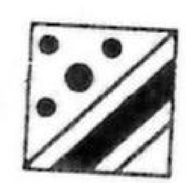
Unter den weiterhin beschlagnahmten Disketten befinden sich einige, die mit dem PCTOOLS-Programm PCSECURE verschlüsselt waren. Innerhalb von Wochen entschlüsselte das BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) die darauf befindlichen Dateien und machte sie lesbar.

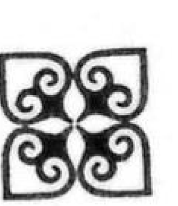
Am 13.6. gingen auch mit PGP verschlüsselte Disketten auf Reisen. Es ist nichts davon bekannt, daß sie entschlüsselt wurden. Es gibt im Gegenteil Hinweise, daß es (noch) nicht gelungen ist, was auch möglich erscheint angesichts des unsicheren Erfolges und des Aufwandes, den eine PGP-Entschlüsselung zu bereiten scheint.

Damit antworten wir auf die mehrfach in der Interim gestellte Frage nach der Verschlüsselung der beschlagnahmten Disketten. Wir bedauern, daß es so lange gebraucht hat, besonders wenn dadurch Unsicherheit bei der Verwendung von PGP enstanden ist. Als Sammelstelle sind wir von den Infos anderer abhängig, und wenn nicht viel da ist, gibt es eben nichts zu berichten.

Auch im radikal-Verfahren scheinen PGP-Verschlüsselungen bei den Staatschützern nicht sonderlich beliebt zu sein. Wir verweisen auf die Texte u.a. der Informations-Ausgleichstellen in den Interims 361 und 367. Uns ist nichts bekannt, was den dortigen Informationen und der erfolgreichen Verwendung von PGP widerspricht. Wir teilen auch die Meinung, daß kommerzielle Sicherheitsprogramme im Bereich der politischen Arbeit lediglich die Einbildung von Sicherheit bringen.







Informations-Sammelstelle (im radikal-Verfahren),
April 96



Wir haben in der Nacht vom 06./ 07. 04. 96 am Zaun des BKA in Wiesbaden ein Transparent mit folgender Aufschrift angebracht:

SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG LINKER ZUSAMMENHÄNGE DURCH

KANTHERS HANDLANGER BEIM BKA !

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS DER RAF

UND ALLE ANDEREN POLITISCHEN GEFANGENEN !



Die Typen der Abteilung "Terrorismusbekämpfung " des BKA leisten mit ihren "Analysen" und "Einschätzungen" unserer politischen Zusammenhänge und unserer politischen Arbeit dem Staat den Vorschub (gleich einem Alibi) gegen uns repressiv vorzugehen.
Kanther verläßt sich auf diese Typen, auf ihre "Berichte" und ihre "Ergebnisse" zu denen sie gelangen, denn sie dienen mit ihrer Arbeit dazu, dem Repressionsapparat die Legitimation zu geben uns und damit unsere politische Arbeit zu kriminalisieren.
Ihre "Berichte" beinhalten Lügen, Konstruktionen, nach Bad Kleinen z. B.wurde systematisch vertuscht,die Wahrheit bewußt nicht aufgeklärt. Als Kanther in den Sessel des Innenministers gehievt wurde,powerte er "seine Wahrheit" mit den Typen vom BKA durch.

Wir fordern die Freilassung der Gefangenen aus der RAF,sie,die sozusagen bei lebendigem Leibe hinter Betonmauern begraben sind, und wir fordern die Freilassung aller anderen politischen Gefangenen !!!

WIR WOLLEN NICHT ZUR TAGESORDNUNG ÜBERGEHEN !!!!



Erklärungen der irisch-republikanischen Gefangenen

• Vorbemerkung

Im März diesen Jahres waren ein Vertreter und eine Vertreterin der irisch-republikanischen Gefangenen auf einer Rundreise in mehreren Städten der BRD. Beide waren erst im vergangenen Oktober bzw. November aus dem Knast entlassen worden. In ihren Redebeiträgen haben sie u.a. die Erklärungen der gefangenen Männer und Frauen aus den Knästen Long Kesh bzw. Maghaberry verlesen, die wir im folgenden dokumentieren. Die Gefangenen bezeichnen sich selbst als Kriegsgefangene (Prisoners of War, POWs). Beide Erklärungen wurden von den Gefangenen verfaßt, nachdem die IRA das Ende der Einstellung militärischer Operationen Anfang Februar erklärt hatte.

• Erklärung der kriegsgefangenen Männer im Knast Long Kesh

"Freunde und Freundinnen,

wir, die republikanischen Kriegsgefangenen in Long Kesh, senden solidarische Grüße an all diejenigen, die uns und unsere Familien unterstützt haben, und die Kampagnen für alle in Irland, Europa und Amerika inhaftierten republikanischen Gefangenen geführt haben.

Die Geschichte des Knastkampfes hat uns immer wieder gezeigt, daß es immer die Absicht der Briten war, den Geist der republikanischen Kriegsgefangenen zu brechen. Dies ist ihnen jedoch nie gelungen. Zur Zeit haben sie unsere Genossen in englischen Gefängnissen für eine besonders harte und erniedrigende Behandlung ausgewählt. Einer unserer Genossen, Paddy Kelly, stirbt an Krebs. Seine andauernde Inhaftierung und die völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid seiner Familie spricht Bände über die Verachtung, mit der irische Republikaner und Republikanerinnen vom britischen Establishment gesehen werden.

Unsere Inhaftierung ist eine Folge unserer Beteiligung an dem politischen Kampf, der die vergangenen 25 Jahre kontinuierlich getobt hat. Die Lösung dieses Konfliktes liegt in der Bereitschaft der britischen Regierung sich auf substantielle politische Verhandlungen mit allen Konfliktparteien einzulassen; eine Bereitschaft, die bislang bedauerlicherweise fehlt.

Es kann keine Lösung des Konfliktes geben, solange und bis nicht Verhandlungen ohne Vorbedingungen von der britischen Regierung einberufen werden. Sinn Féin hat diese Position vor, während und nach der Einstellung militärischer Operationen seitens der IRA deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Frage der Freilassung politischer Gefangener ist ein Bestandteil hiervon - und tatsächlich jeder Konfliktlösung. Aber wir haben recht unnachgiebig und eindeutig erklärt, daß unsere Freiheit nicht auf Kosten unseres politischen Glaubens und unserer politischen Ziele erkauft werden kann und wird.



Der Wunsch nach einem echten und bedeutungsvollen Frieden mit Gerechtigkeit ist nicht irgendeiner Gruppe oder einem Teil der Menschen auf diesen Inseln vorbehalten. Er ist in uns allen und gehört uns allen. Es wurden große Fortschritte in Richtung der Bedingungen gemacht, die Frieden schaffen können. Der britischen Regierung darf nicht erlaubt werden, für ihre eigenen politischen Interessen das zu vergeuden, was rechtmäßig den irischen Menschen zusteht: Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden.

Is sinne, Republikanische Gefangene Long Kesh."



• Erklärung der kriegsgefangenen Frauen im Knast Maghaberry

"Freundinnen und Freunde,

wir freuen uns, daß weibliche Gefangene hier vertreten sind, weil wir glauben, daß es wichtig ist, daß Frauen ihr Recht einfordern, zu allen wichtigen Angelegenheiten gehört zu werden. Frauen



werden zu oft ignoriert oder an den Rand gedrängt, insbesondere in der Politik, so daß wir Euch unsere Anerkennung dafür ausdrücken möchten, uns dieses Forum geschaffen zu haben. Insbesondere angesichts der jüngsten Ereignisse in Irland.

Am 1. September 1994 wurde eine historische Möglichkeit, den Konflikt in Irland zu lösen, eröffnet, als die IRA einen Waffenstillstand erklärte. Schnelle Verhandlungen und eine einfallsreiche Antwort wurden von der britischen Regierung auf diese Geste hin versprochen, jedoch hatten solche Verhandlungen bis weit ins zweite Jahr nach dieser Einstellung militärischer Operationen hinein nicht angefangen. Tatsächlich hat die britische Regierung die jüngsten Vorschläge und Feststellungen eines unparteiischen internationalen Gremiums, der Mitchell-Kommision, die Gespräche ohne Vorbedingungen forderte, innerhalb weniger Stunden nach ihrer Veröffentlichung für den Mülleimer bestimmt. Und dies obwohl dieser Bericht von britischer und irischer Regierung in Auftrag gegeben wurde um "den Stillstand zu durchbrechen", der sich entwickelt hatte.

An diesem Punkt wurde deutlich, daß die konservative Partei wegen ihrer innenpolitischen Schwierigkeiten alles in ihrer Macht stehende tun würde, um bedeutungsvolle Gespräche zu verzögern. Statt dessen zog sie es vor in einem Versuch, die unionistische Partei, auf deren Stimmen sie angewiesen ist, um an der Regierung zu bleiben, zu beschwichtigen, sich hinter Vorbedingungen und Nebelschleiern zu verstecken.

Sowohl die Führung als auch die Mitglieder von Sinn Féin waren bestrebt den Friedensprozeß durch Dialog voranzubringen und haben ihre Bereitschaft demonstriert, mit jeder interessierten Partei zu sprechen und ihr zuzuhören. Bis jetzt haben es die UnionistInnen nicht fertiggebracht, sich vollständig auf diesen Prozeß einzulassen. Aber wir fragen, wie sonst kann eine Übereinkunft erreicht werden? Es war der Verdienst der IRA und Sinn Féins, daß diese Möglichkeit eröffnet wurde. Und wenn sie vergeudet wird, so wird das zur Schande der Briten sein. Trotz der Beendigung des Waffenstillstandes sind Gespräche immer noch das Hauptziel der republikanischen Bewegung. Tatsächlich wurde dem Friedensprozeß ein neues Gefühl der Dringlichkeit eingeflößt.

Wir treten für ein wiedervereinigtes Irland ein -frei von britischer Einmischung und Vorherrschaft, die allen irischen Menschen schadet. Jedoch ist die Form eines neuen Irlands Sache der demokratischen Diskussion aller Menschen auf dieser Insel.

Bis heute wurde keines der zentralen Themen angesprochen. Wir haben noch immer eine sektiererische Polizeimacht und schwer befestigte Armeestützpunkte in nationalistischen Gebieten. Menschen werden noch immer schikaniert und inhaftiert. Die Bedingungen für politische Gefangene haben sich verschlechtert und es gab nur wenige Freilassungen.

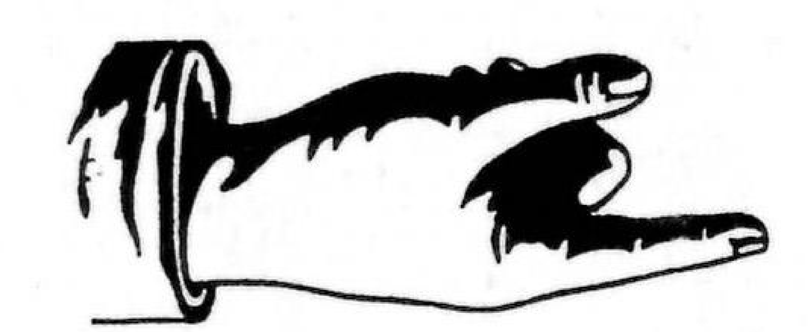
Zu Beginn des Waffenstillstandes haben die weiblichen Gefangenen eine verhärtete Haltung von Gefängnispersonal und dem Nordirlandministerium festgestellt. Mit dem Aufbau neuer Zäune, Kameras und einem Wachturm im Gefängnishof wurden die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt. Eine Veränderung der Haltung des Nordirlandsministeriums wird in seiner Weigerung deutlich, mit Gefangenen zu kommunizieren oder sich ernsthaft mit wichtigen unerledigten Problemen zu beschäftigen. Stattdessen läßt das Nordirlandministerium zu, daß sich Frustration und Unmut breit machen. Nach außen hin vermittelt die britische Regierung den Eindruck, sensibel und einfallsreich mit der Gefangenfrage umzugehen. In der Praxis trifft das Gegenteil zu.

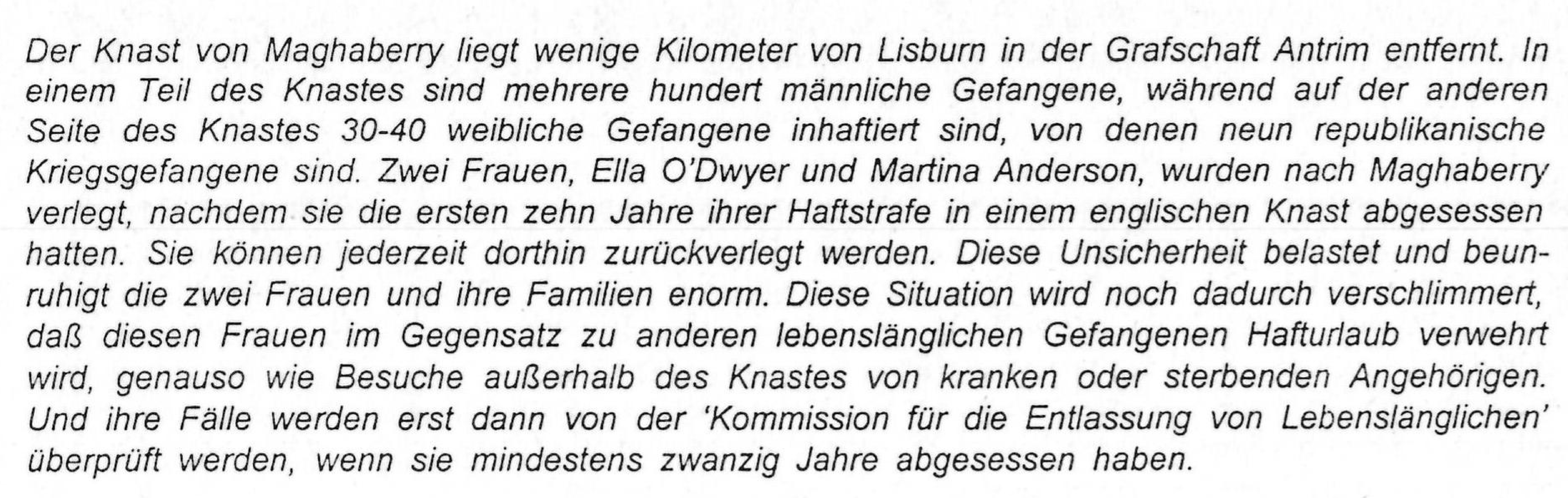


Die Wiedereinführung des 50%-igen Straferlasses, die die britische Regierung als bedeutungsvolle Geste für sich reklamierte, macht in der Praxis wenig aus. Nur drei Frauen wurden am 17. November 1995, als die alte Straferlaßrate wieder eingeführt wurde, aus Maghaberry entlassen. Einer stand die Freilassung ohnehin kurz bevor, während die anderen zwei Freilassungstermine wenige Monate später hatten. Von den neun republikanischen Frauen, die noch im Knast Maghaberry sitzen, haben vier lebenslängliche Haftstrafen, die von einer Änderung der Straferlaßrate nicht betroffen sind. Von den anderen fünf sollen nur zwei vor dem Jahr 2000 freigelassen werden. Diese Zahlen zeigen den dürftigen Einfluß, den die Veränderung des Straferlasses auf die insgesamt Inhaftierten hat.

Wir hier in Maghaberry sind die einzigen Frauen, die in Irland und Britannien als Ergebnis des Konfliktes inhaftiert sind. Weil wir zahlenmäßig wenige sind, sind wir die Zielscheibe für die schärfsten Strafmaßnahmen.







Der Knast von Maghaberry liegt wenige Kilometer von Lisburn in der Grafschaft Antrim entfernt. In einem Teil des Knastes sind mehrere hundert männliche Gefangene, während auf der anderen Seite des Knastes 30-40 weibliche Gefangene inhaftiert sind, von denen neun republikanische Kriegsgefangene sind. Zwei Frauen, Ella O'Dwyer und Martina Anderson, wurden nach Maghaberry verlegt, nachdem sie die ersten zehn Jahre ihrer Haftstrafe in einem englischen Knast abgesessen hatten. Sie können jederzeit dorthin zurückverlegt werden. Diese Unsicherheit belastet und beunruhigt die zwei Frauen und ihre Familien enorm. Diese Situation wird noch dadurch verschlimmert, daß diesen Frauen im Gegensatz zu anderen lebenslänglichen Gefangenen Hafturlaub verwehrt wird, genauso wie Besuche außerhalb des Knastes von kranken oder sterbenden Angehörigen. Und ihre Fälle werden erst dann von der 'Kommission für die Entlassung von Lebenslänglichen' überprüft werden, wenn sie mindestens zwanzig Jahre abgesessen haben.



Als gefangene republikanische Frauen sind wir mit einer anderen und härteren Behandlung als männliche Gefangene konfrontiert. Einen Massen-Strip-Search am 2. März 1992, in dem jede Frau im Knast zwangsweise und gewaltsam nackt ausgezogen und in ihrer Zelle 'durchsucht' wurde, wurde eine nüchterne Erinnerung daran, daß das Nordirlandministerium fest entschlossen war, die Politik, die eigenen Körper der Frauen als Waffen gegen sie zu benutzen, zu verschärfen. Obwohl sich ein Angriff solcher Größenordnung seit 1992 nicht wiederholt hat, bleibt die Bedrohung durch einen solchen Angriff.

Kürzlich mußten wir das Nordirlandministerium wegen Geschlechterdiskriminierung verklagen, weil es sich gegenüber gefangenen Frauen offenkundig voreingenommen gezeigt hatte. Die Grundlage des Falles war, daß männliche Gefangene (die sich von ihren früheren Genossen distanziert hatten) sich im Gegensatz zu den Frauen treffen könnten, Zugang zu den Bildungseinrichtungen, längere Besuche und mehr Hofgang als die weiblichen Gefangenen hatten. Das Nordirlandministerium war wegen der Peinlichkeit des Verfahrens gezwungen, viele dieser Themen zu behandeln. Trotzdem sehen sich weibliche Gefangene weiterhin schlechter Behandlung gegenüber. Sie werden jeden Tag stundenlang eingeschlossen, während der Einschluß für männliche Kriegsgefangene abgeschafft ist. Ihnen wird ein ähnlicher Zugang zu dem Bildungsflügel im Knast, wie er männlichen Gefangenen möglich ist, verwehrt.

Es ist klar, daß die britische Regierung außerordentlich wenig getan hat, um die Gefangenenfrage zu lösen, was mit ihrer gesamten Haltung im Friedensprozeß im Einklang steht. Politische Gefangene sind nur Symptome von politischen Problemen und in diesen neuen und sich ständig verändernden politischen Klima dient die fortgesetzte Inhaftierung keinem nützlichen Zweck. Daß Gefangene als Geiseln benutzt werden, darf so nicht weitergehen und die Suche nach einer Lösung muß fortgesetzt werden.

Wir möchten an alle engagierten Menschen appellieren zu dem Friedensprozeß beizutragen, in dem sie ihre politischen RepräsentantInnen beeinflussen, diese dazu zu drängen, Druck auf die britische Regierung auszuüben, so daß diese umfassende Friedensgespräche mit allen Beteiligten festsetzt und die politischen Gefangenen freiläßt. Wir fordern Leute auch dazu auf, direkt an John Major zu schreiben und Kundgebungen vor britischen Botschaften zu veranstalten, um die Dringlichkeit der Situation hervorzuheben.

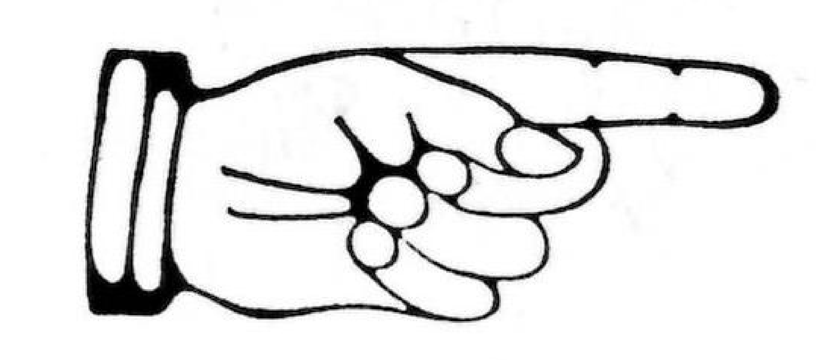


Kriegsgefangene Frauen Maghaberry



*Rosaleen Mc Corley * Rosena Brown * Marie Wright * Geraldine Ferrity * Martina Anderson * Mary Mc Ardle * Patricia Overend * Ailish Carroll * Ella O'Dwyer"*

Die Rundreise fand im Rahmen der Kampagne "NO PEACE WITHOUT RELEASE" statt, mit der mehrere Irland-Gruppen in der BRD die Forderung nach Freilassung der irischen politischen Gefangenen unterstützen. Mehr Informationen zu der Kampagne sind zu beziehen über: Irland-Gruppe Köln, c/o R. Engert, Olpener Straße 669, 51109 Köln





SCHICKT SOLIDARITÄTSADRESSEN AN DIE MLN - TUPAMAROS NACH URUGUAY!

Vor über 10 Jahren, im März 1985, verjagte eine breite Volksbewegung die Militärdiktatur in Uruguay und befreite die über 50 000 politischen Gefangenen aus den Knästen. Diese Bewegung ist zu großen Teilen organisiert in der Frente Amplio ("Breite Front"), die fast 20 Organisationen von der Sozialdemokratie bis zur radikalen Linken - wie die MLN-Tupamaros - umfasst. Im November 1994 verfehlte die Frente Amplio bei den Wahlen nur sehr knapp die Mehrheit, in der Haupstadt Montevideo stellt sie mit fast 50% den Bürgermeister. Seitdem versuchen die u.a. aus den USA und Westeuropa finanzierten, reformistischen Parteien verstärkt, die revolutionären Kräfte auszuschalten: "Weil die sogenannte "radikale Linke" das stärkste soziale Hindernis gegen das Vorantreiben des "Großen Projektes" ist oder sein könnte. Besser gesagt: die Linke *ist* einfach das stärkste Hindernis. Die Auflösung dieser Linken, ihr organisatorisches und ideologisches Verschwinden zugunsten einer Mimikry oder Metamorphose, wie sie dem System funktional wäre, ist heute ein zentrales Ziel des Imperialismus und seines Machtblocks vor Ort" (aus dem Aufruf der MLN-Tupamaros zur Kundgebung am 26.4.1996).

Am 26. April 1996, dem siebten Todestag von Raul Sendic, wollen die MLN-Tupamaros mit einer großen Massenkundgebung in Montevideo ihren Widerstand gegen das Projekt der Reformisten auf die Straße bringen. Dazu fordern sie alle, die sich mit ihnen verbunden fühlen auf, ihnen ***bis zum 26. April*** Solidaritätsadressen zu schicken.

Fax: MLN-Tupamaros, 00598 - 2 - 499957

Raul Sendic ist einer der Gründer und "historischen Führer" der Tupamaros. Anfang der 60er Jahre spielte er eine zentrale Rolle bei der Organisierung der Zuckerrohrarbeiter, einer Bewegung, die durch ihre Radikalität und Militanz eine Grundlage für die Enstehung der Stadtguerilla wurde. Ab 1966 war Raul Sendic illegal, bis er schließlich während der Entführung des CIA-Agenten Dan Mitrione 1969 verhaftet wurde. Schon ein Jahr später floh er zusammen mit weiteren 107 politischen Gefangenen aus dem Knast. 1972 wurde er erneut verhaftet und dabei schwer verletzt. Bis 1985 saß er daraufhin als Geisel der Diktatur in verschiedenen Militärkaserenen in Isolationshaft. Nach dem Ende der Diktatur baute er mit vielen anderen wieder die MLN-Tupamaros auf. 1989 verstarb er schließlich an den Folgen der Haft und seiner Verletzungen. Raul Sendic ist in Uruguay weit über die MLN hinaus als Symbol des Widerstandes bekannt, in Montevideo ist zB ein besetztes Landstück, auf dem mehrere Tausend Menschen leben, nach ihm benannt.



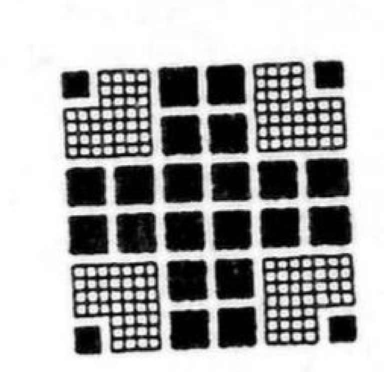


Leben heißt Kämpfen

Aufgrund der fast durchweg falschen und antikurdischen Berichterstattungen zur FrauenLesben-Demo am 9. März in Bonn und der Ereignisse danach, wollen wir einige Geschehnisse klarstellen. Wir denken, daß dies nach wie vor aktuell ist, da die Hetze gegen kurdische Leute im Moment wieder einen Höhepunkt erreicht hat.

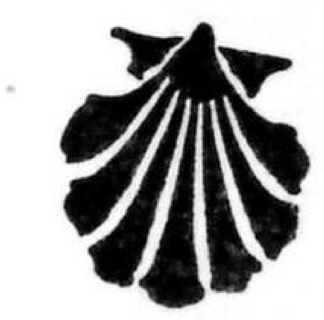
Klarstellungen:

- Die Demo am 9.3.96 wurde ganz klar von FrauenLesben vorbereitet und getragen.
- Männer wurden auf der Demo akzeptiert, waren aber eher vereinzelt und nicht für den Ablauf der Demonstration verantwortlich.
- Es wurden von Anfang an kurdische Symbole und PKK-Fahnen nach außen getragen, es gab aber absolut <u>keinen</u> Anlaß zu vermuten, daß die Demo aus sich heraus eine Eskalation forciert hätte. Die Demo war bis zum Kessel 'friedlich' und powervoll und wäre auch so geblieben. Das Vorgehen der Bullen/etten war unserer Meinung nach strategisch und nützlich für ihre jetzige Hetze.
- Die Demo wurde nicht hinterrücks von der PKK organisert, sondern die Inhalte wurden sowohl vom internationalen Vorbereitungskomittee als auch von den anwesenden Frauen gemeinsam getragen.



Zum Ablauf der Demo:

Wie ging es los? Im Laufe des Vormittags (bis ca. 13.00 Uhr) sammelten sich zwischen 1.500-2.000 hauptsächlich kurdische Frauen am Startpunkt der Demonstration. Die Demo war angemeldet und war im Vorfeld nicht verboten worden. Um den Platz herum standen aufgelockert Bullen (auch sehr viele Bulletten) in Kampfmontur, die sich bei jeder Gruppe von ankommenden Frauen köstlich amüsierten und dumme Sprüche machten oder penetrant zwischen den Frauen auf dem Platz herumliefen.

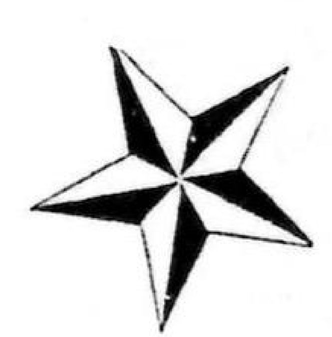


Um ca. 13 Uhr formierte sich die Demonstration und es ging los. Am Anfang ein riesiger Block kurdischer Frauen, hinten ein ziemlich kleiner Block deutscher Frauen. Bei einigen von uns entstand schon ein komisches Gefühl, zu sehen, daß wir hier sind, um gemeinsam gegen die Unterdrückung der Frauen auf die Straße zu gehen, daß aber gemeinsam = in getrennten Blöcken heißt (es liefen allerdings aucb vereinzelt deutsche Frauen vorne im kurdischen Block mit).

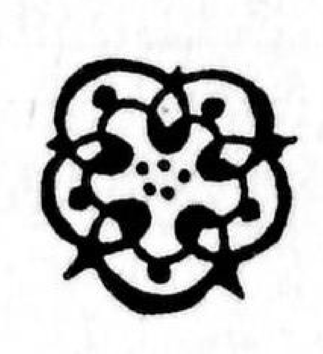
Zwei Stunden lang liefen wir durch Bonn. Es war eine energiegeladene, entschlossene Demonstration, auf der permanent Parolen geerufen wurden. Dabei hob sich die empfundene Trennungen schon etwas auf, da Parolen aus den Blöcken, egal in welcher Sprache, auch immer wieder von den anderen Blöcken aufgegriffen wurden. Besonders oft war „Hoch die internationale Solidarität" zu hören, ein Ausruf, der für uns später noch eine viel tiefere Bedeutung bekam.



Dann plötzlich, in der Bonner Innenstadt, hielt die Demo in einer sehr schmalen Straße an, links und rechts Häuserzüge. Von vorne bekamen wir die Information, daß die Bullen die Straße zugemacht hatten. Für uns kam dieser Einsatz völlig überrraschend, da sich die Stimmung in der Demo nicht verändert hatte, nicht aggressiver geworden war, auch nicht vermehrt PKK-Symbole gezeigt worden waren (ein kleiner Einschub: Das Zeigen von PKK-Fahnen wird immer wieder mit Verweis auf das Gesetz als Vorwand für die Kriminalisierung von KurdInnen benutzt. Das Problem sind genau diese Gesetze und dieser Staat, der es KurdInnen verbietet, sich auf die PKK zu beziehen und dies in der Öffentlichkeit deutlich zu machen; ein Staat also, der es KurdInnen verbietet, sich auf eine Organisation zu beziehen, die für viele von ihnen für Widerstand und Freiheit steht).

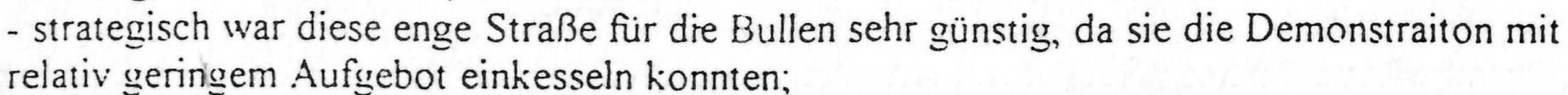


Hinter uns machten die Bullen dann auch zu, wir standen im Kessel (ab dem Moment waren fast nur noch Bullen zusehen, kaum noch Bulletten).



Wir haben später versucht, eine Erklärung für die Einkesselung an dieser Stelle (nach bereits 2stündiger Demonstration) zu finden:

- strategisch war diese enge Straße für die Bullen sehr günstig, da sie die Demonstraiton mit relativ geringem Aufgebot einkesseln konnten;



- in der Straße befindet sich auch das kurdische Zentrum. Bei Auseinandersetzungen für sie eine Möglichkeit, auch das Zentrum zu stürmen
- in diesem Viertel gab es bei einer früheren kurdischen Demonstration Auseinandersetzungen mit türkischen Menschen, die zahlreich dort leben. Vielleicht war es die Hoffnung der Bullen, durch den Kessel Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Menschen zu forcieren;

Nachdem wir eingekessselt worden waren, kam es zu Verhandlungen mit den Bullen, deren Auflagen im Laufe der Verhandlungen immer abstruser wurden: erst hieß es, alle sollten einzeln, unter Abgabe der Personalien durch die Bullensperre. Nach etlichen anderen absurden Angeboten war dann ihr letzter Vorschlag: Gruppen von 30 Frauen gehen durch den Trichter und es werden 'nur' die 'Gewalttäterinnen' herausgeholt. Auf keines dieser Angebote wurde eingegangen; unsere Forderung und unser Ziel waren von vorneherein: Wir wollen zu dem vorgesehenen Platz, um die Abschlußkundgebung durchzuführen und zwar ohne irgendetwas abzugeben.



Nach einiger Zeit im Kessel kam es vorne zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen ca. 30 Menschen von den Bullen festgenommen wurden.

Die Bullen knüppelten in die Demo rein, es gab einige Schwerverletzte. Es wurde von ihnen so massiv Gas eingesetzt, daß wir vom hinteren Ende des Kessels eine riesige Gaswolke sehen konnten. Aus der Demo wurde mit Kartoffeln, Flaschen, Steinen, Teilen von Bäumen... auf die Bullen geworfen. Die kurdischen Frauen zeigten sehr entschieden, daß sie den Kessel nicht akzeptieren werden, sondern zum Abschlußkundgebungsplatz wollten.

Wir entschlossen uns, nach vorne zu gehen, denn es war schrecklich, von hinten mitzubekommen, wie vorne die kurdischen Frauen permanenten Bullenterror ausgesetzt waren. Nach unserer Einschätzung würde es hinten relativ ruhig bleiben. Hier standen nur deutsche Frauen, das Angriffsziel der Bullen waren aber kurdische Frauen. Wir hatten das Gefühl, es bedeutete einen Schutz, deutsche Frau zu sein.

Die Stimmung, die wir vorne mitbekommen haben, hat entscheidend unseren Eindruck von der Demo geprägt:

Die Situation hatte sich etwas beruhigt, auch wenn es immer wieder zu Gaseinsätzen durch die Bullen kam. Diese schossen mit einer Gaspistole je nach Lust und Laune immer mal wieder in die Demonstration rein und hatten sichtlich ihren Spaß daran.

Unter den Frauen gab es ein starkes Gefühl von Gemeinsamkeit: gemeinsam gingen wir gegen die Bullen vor, gemeinsam sangen wir, riefen unsere Parolen, lachten... Es war eine herzliche Atmosphäre untereinander. Wenn Durchsagen kamen, hörten alle zu, auch wenn sie in einer Sprache durchgegeben wurden, die nicht verstanden wurde, aber in dem Gefühl von Gemeinsamkeit und 'Respekt' ging es halt uns alle an.



In dieser Situation war für uns die Parole „Hoch die internationale Solidarität" seit langem wieder einmal mit Inhalt gefüllt, erlebbar und nicht nur eine hohle Phrase.

Daß wir die 9 Stunden Kessel durchgehalten haben, lag für uns an der Stimmung, an der Entschlossenheit und Energie, die von den kurdischen Frauen ausging. Egal ob Mädchen, junge Frauen, alte Frauen (auf der Demonstration waren kurdische Frauen aller Altersgruppen vertreten), sie schafften es, diese Atmosphäre, diese Lebendigkeit 9 Stunden lang aufrechtzuerhalten. Den Bullen wurde immer wieder gezeigt, daß wir uns nicht einschüchtern lassen (indem z.B. lachend in sie reingetanzt wurde), ohne sich an ihnen abzuarbeiten.

Anspannung und auch Wut richteten sich nicht gegeneinander, sondern an die richtige Adresse, an die Bullen.
Es war für uns, mit unserer Lebensrealität, aber auch hart zu sehen, wie kurdische Frauen immer wieder bis an ihre Belastbarkeitsgrenzen gingen, sich nicht vorher rauszogen, sondern manchmal vor Erschöpfung ohnmächtig wurden.



Während der langen Zeit des Kessels gab es immer wieder Solidaritätsbekundungen von AnwohnerInnen der Straße. Wohnungen wurden aufgemacht, in denen wir auf Toilette gehen, uns aufwärmen und Teetrinken konnten. Auch Essen wurde rausgegeben. Im kurdischen Zentrum konntest du dich ausruhen, wenn du einen Platz gefunden hattest.
Mit der Zeit wurden es weniger Menschen (vereinzelt gab es Möglichkeiten, über Hinterhöfe aus dem Kessel zu kommen) und die Anzahl der Männer stieg, was gerade im hinteren Teil des Kessels auch die Atmosphäre veränderte.
Das ganze Viertel war mittlerweile von den Bullen abgeriegelt worden und es gab zahlreiche Solidaritätskundgebungen außerhalb der Bullensperren, die ebenfalls eingekesselt wurden. Für uns alle war klar, daß wir erst gehen werden, wenn die eingekesselten Leute und die Menschen, die festgenommen wurden, wieder bei uns sind. Obwohl die Bullen gegen 23 Uhr den Kessel öffneten, löste sich die Demo erst auf, als wirklich alle bei uns waren.

Zu unseren Gefühlen/Eindrücken, die wir aus Bonn mitgenommen haben:

Auch wenn es wahnsinnig anstrengend war, 9 Stunden im Kessel zu stehen und wir nachher jeden einzelnen Knochen spürten, haben wir eine ungeheure Energie mit nach Hause genommen. Eine Energie bedingt durch die lebendige entschlossene Atmosphäre, die wir dort erlebt haben und durch das Gefühl, daß die Demonstration ein Erfolg war. Wir haben uns nicht auf Bullenstrategien eingelassen und erreicht, daß alle Festgenommenen und die anderen Eingekesselten wieder freigelassen wurden.
Es war nie das Gefühl da, ein Opfer zu sein.
Und wir haben einen **kleinen** Einblick in die Lebensrealität von hier lebenden Kurdinnen bekommen. Erschütternd, zu sehen, wie Repression zu ihrem Lebensalltag gehört, für sie Normalität ist. Beeindruckend, zu sehen, daß die Parole „Leben heißt kämpfen“ (sie wurde oft auf kurdisch gerufen) von ihnen umgesetzt wird.



Ihr Widerstand hat nichts von ihrem Leben Abgekoppeltes - wie oft bei uns - sondern ist Bestandteil, ist in ihr Leben integriert.
Bei uns ist ganz stark hängengeblieben, daß es sich 'gelohnt' hat, auf unseren Forderungen zu bestehen und einen 9stündigen Kessel in Kauf zu nehmen.
Wir denken, daß dies bei einer deutschen Demo (mit Ausnahmen) nicht möglich gewesen wäre, weil sich schnell das Gefühl der Sinnlosigkeit breit macht und wir unser Ziel , wenn es überhaupt existiert, schnell aus den Augen verlieren.

Zur Presse:

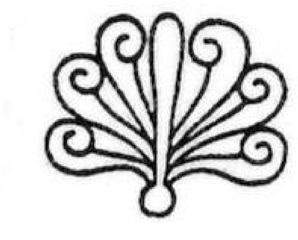
Daß das, was in den Medien seit der Demo gehäuft an antikurdischer Propaganda kommt, falsch und reine Hetze ist, braucht hier wahrscheinlich nicht näher ausgeführt werden.
Die Hetze ist gängig.
Unseres Erachtens wurde die Demo u.a. zur Begründung von Verboten weiterer Demos benutzt. Die Strategie wird deutlich:
Eine PKK-Terror-Aktion, getarnt als FrauenLesben-Demo, läßt sich in der Presse gut verbraten und ist die beste Basis für Verbote und Kriminalisierungen im Vorfeld des Newroz-Festes. Daher war klar, daß eine friedliche Demo nicht friedlich bleiben durfte.
Die Aktionen des Staates in den 2 Wochen nach der Demonstration um das Newrozfest herum, hatten /haben ein Ausmaß erreicht, wie es seit Jahren in der Bundesrepublik nicht mehr vorgekommen ist. Zahlreiche Kundgebungen/Veranstaltungen wurden verboten. In vielen



Städten herrschte Sicherheitsstufe 1. Hunderte von Menschen wurden schon im Vorfeld, von zu Hause, von ihren Arbeitsplätzen weg... in „Unterbindungsgewahrsam" genommen. Kundgebungen wurden eingekesselt und alle Menschen festgenommen. Die PolitikerInnen diskutieren eine „Lex PKK", ein Gesetz, das praktisch Abschiebungen direkt von der Demo möglich macht bzw. sogar zwingend vorschreibt.
Sie versuchen alles, um friedliche Kundgebungen gewalttätig zu machen, und dies als Grund für eine Verschärfung des Ausländerinnengesetzes zu nehmen, Legitimationen für ihre Hetze zu haben. Es muß erwähnt werden, daß Newroz in der Türkei nicht verboten war. Was die BRD speziell kurdischen Menschen antut, ist menschenverachtend und tödlich.
Die Medien schaffen es, die Gründe, warum kurdische Menschen auf die Straße gehen, gänzlich aus ihrer Berichterstattung rauszuhalten.
Widerstand von Kurdinnen in der BRD ist legitim und notwendig! Und wir finden es wichtig, sie darin zu unterstützen!
Freiheit für das kurdische Volk überall!
Weg mit dem PKK-Verbot und der Verbote anderer kurdischer Einrichtungen und Organisationen!
Anerkennung der kurdischen Kultur!

Hoch die internationale Solidarität!

Demo-Teilnehmerinnen aus Göttinger FrauenLesbenzusammenhängen





Nach Ausschreitungen neun Täter bekannt

■ Potsdam – Nach den Ausschreitungen Jugendlicher bei einer Demonstration in der Potsdamer Innenstadt am Ostersonntag sind der Polizei neun Täter namentlich bekannt. Gegen sie, darunter „alte Bekannte", seien Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung eingeleitet worden, sagte Polizeipräsident Detlef von Schwerin am Dienstag.

Während eines Treffens von Angehörigen und Sympathisanten der Hausbesetzerszene hatten etwa 200 bis 300 Jugendliche spontan demonstriert. Dabei kam es laut Polizei zu Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Gebäuden. Mehrere Teilnehmer seien in das Gebäude der ehemaligen russischen Musikschule in der Hegelallee eingedrungen, das gegenwärtig saniert wird. Sie hätten ihre Besetzung aber am Ostermontag beendet.



Begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot haben mehrere hundert Hausbesetzer am Samstag die unverzügliche Rückgabe geräumter Häuser gefordert. Die Demonstration unter dem Motto „Mietfrei bis ins nächste Jahrtausend" bildete den Abschluß der bundesweiten Aktionswoche von Wagenburglern und Hausbesetzern. Auf Transparenten hieß es unter anderem „Friede den Hütten, Krieg den Palästen" und „Wohnraum ist für alle da". Nach Polizeiangaben verlief die Aktion bis auf Sachbeschädigung an Pkw weitgehend friedlich. Zehn Personen seien wegen Mitführens von Gegenständen, die zum Vermummen oder zu Werfen geeignet gewesen seien, vorübergehend festgenommen worden. Ein geplantes Straßenfest fiel aus.

Foto: Christian von Polentz



Es handelt sich um eine Frauenaktion in Freiburg gegen die Geschäftspraktiken des Brillenkonzerns Fielmann.

Brillen zum Nulltarif auf dem Rücken der dort arbeitenden Frauen und Männer

Geschäftspraktiken von Fielmann's

Die Verkäuferinnen und Verkäufer sind verpflichtet "über optimale Beratung die Durchschnittspreise zu erhöhen". Teure Ware soll verkauft werden, weil dadurch ein größerer Gewinn erzielt wird. Diese Geschäftspraktik steht im krassen Gegensatz zur Fielmannwerbung " Brillen zum Nulltarif".

Testverkäuferinnen und Testverkäufer sollen prüfen, ob sich alle Filialen an einen bestimmten Gesprächsfaden halten. Die Verkäuferinnen und Verkäufer dürfen höchstens zur Hälfte normale Gläser verkaufen. Wer das nicht schafft, gilt als wenig einsatzwillig und ist von Rauswurf bedroht.

Betriebspraktiken

296 Fielmann-Filialen gibt es, alle sind rechtlich selbständige Firmen. Nicht einmal ein Dutzend von ihnen hat einen BETRIEBSRAT!

In der Filiale Kiel wollte ein Angestellter einen Betriebsrat gründen. Sein Chef schickte ihm daraufhin einen Detektiv auf den Hals. Dieser sollte heimlich die Reden des Angestellten abhören.

Es gibt "Aufhebungsverträge", die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschreiben sollen, damit sie jederzeit gegen eine Abfindung "geräuschlos" verschwinden. Viele weigern sich, das zu unterschreiben.

Fielmann zahlt Augenärztinnen und Augenärzten, die im gleichen Haus praktizieren wie das Geschäft ist, eine Umsatzbeteiligung vom 8%, wenn sie ihre Patientinnen und Patienten zu Fielmann schicken.



Kündigung zum Nulltarif

Juli 94 — In der Fielmann-Filiale am Rathausplatz herrscht schon seit geraumer Zeit ein unerträgliches Betriebsklima. Der Geschäftsleiter Nitschke lastet u.a. Geschäftsdefizite den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an. Er droht bereits im Juli 94 mit Entlassungen und läßt in einer Nacht und Nebelaktion die Spinde durchsuchen.

10.1.95 — Daraufhin initiieren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Wahl eines Betriebsrates.

16.1.95 — Geschäftsleiter Nitschke spricht deswegen gegen eine Mitarbeiterin und einen Mitarbeiter "aus betrieblichen Gründen" die Kündigung aus.

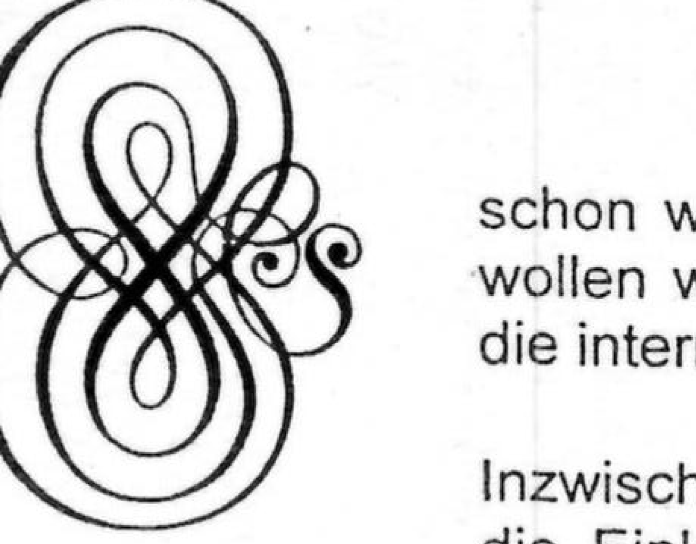
25.1.95 — Fielmann verwandelt diese in eine FRISTLOSE KÜNDIGUNG.

25.1.95 — Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wählen die gekündigte Kollegin und den Kollegen zum Wahlvorstand des Betriebsrates

4.2.95 — Das Arbeitsgericht entscheidet in einer einstweiligen Verfügung ein Redeverbot für die Mitarbeiterin und den Mitarbeiter, es ist ihnen bei Androhung einer hohen Geldbuße verboten, gegenüber Presse und Rundfunk etwas über "innerbetriebliche Vorgänge bei Fielmann" zu sagen.

Mai 1995 — Ablehnung der Klage der Frau zur einstweiligen Weiterbeschäftigung. Der Prozeß wird eingestellt. Die Frau erhält nur eine Abfindung, während der Mann in eine andere Freiburger Filiale versetzt wird.

Keine Redefreiheit für Tötungspropaganda!



Demonstration gegen den Heidelberger Kongreß

Vom 1. bis 5. Mai findet in Heidelberg der internationale Kongreß "Science/Fiction - Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie" statt. Er wird von der internationalen Gesellschaft für systemische Therapie veranstaltet und es werden etwa 1600 TeilnehmerInnen erwartet. Der Kongreß soll Positionen, die unter Begriffen wie "Bio-Ethik" oder Utilitarismus bekannt sind, nun auch TherapeutInnen und SozialpädagogInnen nahebringen. Utilitarismus ist eine Philosophie, die auf einem Kosten-Nutzen-Denken basiert. Beiden Ansätzen geht es darum, Menschen nach verschiedenen Kriterien zu bewerten und dann nach diesen Selektionskriterien für verschiedene Zwecke zur Verfügung zu halten. Die Konsequenz ist, sie zu töten, wenn sie nicht mehr als verwendbar gelten. Der andere Bereich, der eine ebenso große Rolle spielt, ist der Versuch von WissenschaftlerInnen, Gesellschaft mit naturwissenschaftlichen Methoden mathematisch darzustellen, um gesellschaftliche Prozesse vorhersagbar zu machen. Beide Bereiche sollen auf dem Kongreß in Beziehung zueinander gesetzt werden: eine mathematisch berechenbare Gesellschaft und eine Philosophie, die es ermöglicht, Menschen nach bestimmten Kriterien zu selektieren und zu verwerten oder zu vernichten. Wenn man das zusammenfaßt, dann wird damit ein Menschenbild gesellschaftsfähig gemacht, welches wir ablehnen und gegen das wir uns wehren. Der Heidelberger Kongreß ist eine neue Facette in der Umsetzung "bio-ethischer" Inhalte. Daß sich diesmal TherapeutInnen und SozialarbeiterInnen treffen, bedeutet, daß dieses Gedankengut in den ganzen sozialen Bereich hineingetragen werden soll.

Aufsehen erregt hat die Ein- und spätere Ausladung des "Bio-Ethikers" Peter Singer, der mit seinen Vorstellungen zur Bevölkerungspolitik, als Tierschützer und Befürworter der Tötung behinderter Neugeborener bekannt geworden ist. Er ist in Deutschland viel mehr noch als im angelsächsischen Raum oder in Australien, wo er lebt und arbeitet, Symbol für die mit der "Bio-Ethik" und dem Utilitarismus verbundenen Vorstellungen. Seit 1989 ist es uns immer gelungen, seine Auftritte zu verhindern oder sie massiv zu stören, so daß deutlich wurde: seine Denkungsart stößt hier auf Widerstand. Aber auch ohne ihn werden die geplanten Inhalte vertreten und weitergetragen. Denn gleichzeitig sind auf dem Kongreß deutsche "Bio-Ethiker" vertreten, die in ihren Thesen schon weitergehend argumentieren als Peter Singer dies tut. Nennen wollen wir an dieser Stelle z.B. Norbert Hörster und Dieter Birnbacher, die internationale gesetzliche Regelungen für die "Bio-Ethik" erarbeiten.

Inzwischen gehört das Darstellen von unterschiedlichen Ansätzen und die Einladung von KritikerInnen längst zum Programm der Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz. Es soll der Eindruck entstehen, daß man sich im freien Meinungsaustausch eine Position erarbeiten kann, die allen gerecht wird. Das funktioniert nicht, wenn es um die Selektion von Menschen nach Verwertbarkeitskriterien geht: Ein bißchen Selektion und ein bißchen Töten gibt es nicht. Und genau mit den KritikerInnen, die sie eingeladen haben und dem Recht auf freie Meinungsäußerung argumentieren die VeranstalterInnen dieses Kongresses. Freie Meinungsäußerung wird in diesem Zusammenhang von denen gefordert, die ihre wirklichen Interessen und Meinungen verbergen wollen. Sie lassen andere für sich sprechen. Das Interesse, Menschen zu selektieren, zu vernutzen und eben auch zu töten, soll hinter der "Meinungsfreiheit" verschwinden. Sie wird als Wert an sich gehandelt - das Recht auf Leben hingegen nicht.

Die VeranstalterInnen betrachten unsere gegen ihre Absichten und Ziele gerichtete Demonstration und eine mögliche Verhinderung des Kongresses als Gewalt. Wir meinen, die Gewalt besteht darin, daß wir uns jeden Tag auf den unterschiedlichsten Ebenen von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und anderen, die den Hebeln der Macht nahe sind, anhören müssen, welche Tötungsstrategien hier entwickelt werden. Das ist Gewalt. Alles was wir dagegen tun, begreifen wir nicht als Gewalt, sondern als Widerstand.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration
in Heidelberg
am 1.5.96
um 12.30 Uhr
Kornmarkt

arbeitskreis gegen selektion und bevölkerungspolitik, hamburg/bremen
autonome antifa heidelberg

der aufruf wird unterstützt vom ak kassiber, berlin

Kontakt: Autonom Leben e.V., Eulenstraße 74, 22763 Hamburg,
fon 040 392555 fax 040 3907078 V.i.S.d.P. H. Witkofski

20 . 4

Bündnis-Demo in Potsdam
RASSISMUS HAT VIELE GESICHTER !

GEGEN ABSCHIEBUNG UND SICHERHEITSWAHN
SPRENGT DIE FESTUNG EUROPA

POTSDAM
20.04. um 14.00 Uhr
Platz der Einheit (am Deserteursdenkmal)
UnterstützerInnen: Antifa-Gruppen Brandenburg/Berlin; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Café Cabana; SJD Die Falken; Madia e.V. (2/3 -Weltladen); Bü 90 / Die Grünen; StudentInnenrat Potsdam ; ARI Berlin

KREUZBERGER APPELL



20. April 1996 18.36 Uhr
Adalbertstrasse / Ecke Todesstreifen

Wir, die
Kreuzberger Patriotischen Demokraten / Realistisches Zentrum
(KPD / RZ)
fordern alle Kreuzberger auf, mit uns der feierlichen Androhung der Unabhängigkeitserklärung Kreuzbergs beizuwohnen. Führende internationale Unabhängigskeitsexperten werden zusammen mit hochrangigen Vertretern der **KPD / RZ** zum Volk sprechen. Es besteht die Möglichkeit, den zu gründenden Heimatschutzverbänden (Landwehr) beizutreten.

KREUZBERG ZUERST

LIEBER RAUS AUF DIE STRASSE,



ALS HEIM INS REICH

AB HAUPTBAHNHOF STRASSENBAHNLINIE 10
LAUT & KRACHWERKZEUGE NICHT VERGESSEN

23.4

An alle FrauenLesben

1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30. Mai-2. Juni 1996 in Berlin

Die FrauenLesbenvorbereitungsgruppe (siehe Aufruf Interim 370 S.18) trifft sich wieder am

Dienstag 23.4

um 19.30 imFDCL im mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Ihr seid herzlich eingeladen !!!!

26.4

Informationsveranstaltung mit dem Videofilm:

FRANCOS ERBE -
Ist der spanische Faschismus tot ?

Film über die Aufarbeitung der Franco - Diktatur in Spanien

Wann: Fr., 26.4., 20 Uhr

Wo: Jagowstr. 12, Moabit

In der Geschäftsstelle des

bapob
Berliner Arbeitskreis für politische Bildung

Eintritt frei

26.4

Türkisch-deutsche Diskussionsveranstaltung zu den Themen:

Aussageverweigerung, Verrat, Beugehaft und Folter

Auf der Veranstaltung wird es zwei kurze Einleitungsreferate geben. Danach sollen in einer offenen Diskussion Erfahrungen, Meinungen und Argumente ausgetauscht werden.

Veranstalter: Föderation der Arbeitsimmigranten/Innen aus der Türkei in der BRD (AGIF)
Rote Hilfe (Bündnis)

Ort: Verein für internationale Freundschaft und Solidarität, **Silbersteinstraße 96, Hinterhaus 1. Stock**; S-Bahnhof Hermannstraße

Zeit: **26.4.1996; 17.30 UHR**

29.4

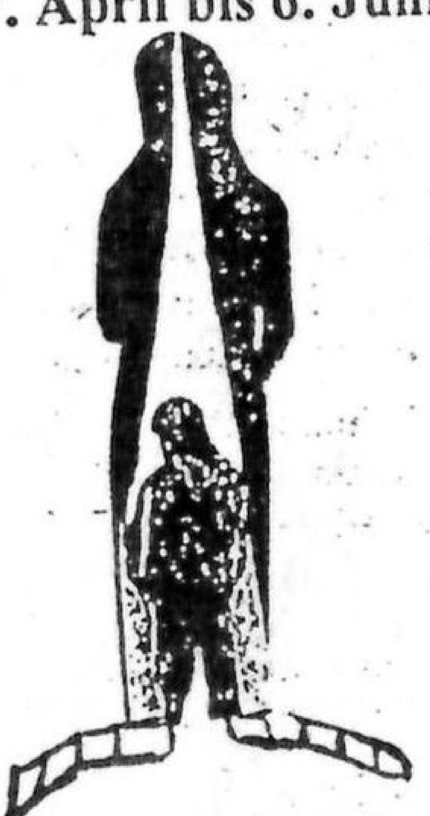
FrauenLesben, kommt zur VollVersammlung zum 1. Mai 96 !
Wir arbeiten im O-Platz-Bündnis mit und wollen unsere Position gern zur Diskussion stellen. Wir können auch überlegen, gemeinsam zur Demo am O-Platz zu gehen. Alle interessierten FrauenLesben laden wir ein zur
VV am 24.04. um 20 Uhr im Blauen Salon
im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Revolutionärer 1. Mai! - VollVersammlung am 29.04.96 um 19:30 Uhr im Versammlungsraum im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a)

VERANSTALTUNGSREIHE

Gewalt ist kein Zufall

vom 17. April bis 6. Juni 1996



Alle Veranstaltungen finden in der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik jeweils in Raum 301 statt.

Karl-Schrader-Str.6, 10781 Berlin

☎ 694 8656

Jeweils 19.30 Uhr

Mittwoch 24. April
Verschwiegene Verletzungen
Sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen mit Behinderungen
SIGRID KWELLA

Freitag 26. April
Die Situation der von Gewalt betroffenen Immigrantinnen
SCHAMSIE KONSARI VON II. FRAUENHAUS

Freitag 3. Mai
„Gesundheitliche Folgen sexuelle Gewalt"
Psychische Folgen und deren organische „Umsetzung"
ERNESTINE WOHLFAHRT(Dr. md.)

Liebe Frauen

Durch diese Veranstaltungsreihe wollen wir verschiedene Formen der Gewalt transparent machen und gleichzeitig darauf hinweisen, daß jegliche Form von Gewalt kein Zufall ist, sondern von der jeweiligen Gesellschaft produziert wird und dazu dient, diese Gesellschaftstrukturen letztenendes zu erhalten. Dabei spielt sexuelle Gewalt eine besondere Rolle. Sie hat eine tragende Funktion in der Legitimierung der patriarchalen bzw. kapitalistischen Struktur.

Durch die Beiträge soll der politische Kontext, in dem diese Form des Verbrechens stattfindet, dargestellt werden.

Darüber hinaus wollen wir zu politischen Ansätzen und Forderungen gelangen.

Außerdem sollen auch praktische Ratschläge gegeben und auf Anlaufstellen hingewiesen werden.

Die Veranstaltungen am 20.Mai und 6.Juni sind für Frauen und Männer

Mittwoch 8. Mai
Von wegen „Kavaliersdelikt" Vom Umgang des bundesdeutschen Rechts mit dem Problem der sexuellen Gewalt
SUSANNE BAER

Mittwoch 15. Mai ~~Freitag 17.~~ Mai
Angst kann lehren sich zu wehren
Methoden und Ansätze der Selbstverteidigung von Frauen und Mädchen in Gewaltsituationen
SANI GRAF

Montag 20. Mai
Kritik an der GutachterInnenpraxis
Darstellung der Möglichkeiten und Grenzen psychologischer und kinder- und jugendpsychiatrischer Begutachtung
J. FEGERT (Dr.med.)

ten years after...

...Im Jahre Zehn nach der Katastrophe von Tschernobyl

MO 22.4. Kinosaal: Medizin-, Physik-, Chemietag

-Folgen von Tschernobyl (Nikolai Astrowzow, Arzt und Liquidator aus Gomel)
-Niedrigradioaktivität/ Neutronenstrahlung (IPPNW ÄrztInnen geg. Atomkrieg)
-Krebs an deutschen Atomstandorten(-,.-)

DI 23.4. Audimax: Atomstandort Deutschland

-Hahn-Meitner-Institut/ Forschungsreaktor Berlin (D. Antelmann)
-Transport (J.Stay)
-Siemens und die Kernkraft (Siemens Boykott)
-Entsorgungproblematik (P.Dickel, Göttinger Gegenzug)
-Uranbergbau (P.Diehl, Uranbau-Experte, Anti-Atom-Bewegung)

MI 24.4. Kinosaal: Atompolitik

-Stellungnahmen der Parteien zur gesamten Problematik

DO 25.4. Audimax: Ausstieg aus der Atomindustrie

- Strategie und Machtverhältnisse der Atompolitik in Osteuropa (Dr. Lutz Mez Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU)
- Wackersdorf
  - Gorleben
  - Brokdorf (A.Panzlau)
  - Arbeit des Plenums
  - Castor-Nix-Karawane

layout: che'96

jeweils 19 Uhr

VeranstalterInnen: RefRat der HUB
Berliner Anti-Atom-Plenum
AG Anti-Atom der Hummel-AntiFa

V.i.S.d.P.: RefRat der HUB, 2093-2614

Humboldt-Uni
Unter den Linden 6 (Ostflügel)

Grenzziehungen

Diskussionsveranstaltung

Uni/GH Paderborn, 25. Mai 1996



Anläßlich der bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren zum dritten Jahrestag der Abschaffung des Rechts auf Asyl

Die Veranstaltung besteht aus drei Foren. Nach jedem Forum besteht die Möglichkeit, in mehreren kleineren Gruppen zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich an alle Interessierten, insbesondere an die TeilnehmerInnen der Demonstration und Studierende.

Sie wird unterstützt von: ASTA der Uni/GH Paderborn; ASTA der FH Bielefeld

visdp: Regionale Koordination der Antirassistischen- und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen NRW

10.00 Uhr: Beginn der Veranstaltung

10.30 Uhr: Forum 1

Was heißt denn hier Rassismus?

Moderation: N. N.

- **Abschiebungen, Razzien, Zwangsuntersuchungen, Roma-Realitäten in Köln**
  Fatima Hartmann (Vorsitzende Rom e.V. Köln)
- **Rassismus: Anatomie einer Gesellschaft**
  Hannelore Bublitz (Sozialwissenschaftlerin)
- **Rassismus, Sexismus und die Teilhabe an der Macht**
  Birgit Rommelspacher (Sozialwissenschaftlerin)

Anreise, Anmeldung

Die Veranstaltung beginnt am Pfingstsamstag um 10.00 Uhr in der Uni/GH Paderborn. Da das Programm recht voll ist, wollen wir pünktlich beginnen.

Wir bitten um Anmeldung. Eine persönliche Anmeldung ist nicht erforderlich; wir möchten aber wissen, mit wievielen TeilnehmerInnen wir rechnen können. Diejenigen, die auf Schlafplätze, Essen, ..., angewiesen sind, melden sich bitte verbindlich bis spätestens zum 1.5.96 mit beiliegender Anmeldung an!
Am Samstag abend findet im Anschluß an die Veranstaltung ein Konzert statt.
Die Demonstration beginnt am Sonntag um 12.00 Uhr am Bürener Abschiebeknast. Für Bustransfer Paderborn - Büren und zurück wird gesorgt.

Anmeldung und Infos:
Projektbereich Eine Welt - Cordula
c/o ASTA der Uni/GH
Warburger Str. 100
33098 Paderborn
Tel.: 05251 603174

Infos zur Demo:
BDP-Infoladen, Borchener Str. 12
33093 Paderborn, Tel.: 05251 730337

Aufrufe, Plakate, Veranstaltungsprogramme:
Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str.132
33607 Bielefeld

Wegbeschreibung:
Vom Bahnhof mit den Linien 4, 48, 9, 59 zur Uni. Mit Bus oder PKW von der A 33 kommend, Ausfahrt "Paderborn Zentrum", nach ca. 250 m die Auffahrt "Bad Driburg/Höxter" B 64. Auf der B 64 bleiben bis die Uni Paderborn ausgeschildert ist.

14.00 Uhr: Forum 2

Grenzübertritte

Moderation: Oliver Tolmein (Journalist)

- **"Wer hetzt Indianer durch die Eifel? Ein Menschenjäger ohne Zweifel!"**
  Bericht zur Lage an der Westgrenze mit Mitschnitten aus dem Polizeifunk
  Flüchtlingsplenum Aachen

17.00 Uhr: Forum 3

Be-Lager-ungen

Moderation: Karola Fings (Historikerin)

- **"Zigeunerlager" im Nationalsozialismus**
  Frank Sparing (Historiker)

links & radikal im mediennetz

23. - 27.4.96

Das Bundesinnenministerium (BMI), in Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft (BAW) und den Bundes- und Landeskriminalämtern, hat herausgefunden:
Der "Linksterrorismus" (Manfred Kanther) bestehend aus den Gruppen AIZ, K.O.M.I.T.E.E. und RAF wird vernetzt von der Zeitschrift radikal. Vor knapp einem Jahr, am 13. Juni 1995, setzten einige hundert Polizisten und Staatsanwälte diesen Gedanken in Einsatzpläne um und begannen zu arbeiten. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit wirken bis heute nach: Verhaftungen, Fahndungen, Haftbefehle, Vorladungen...
Die allermeisten Medien in der BRD reagierten, wie sie ihre Verpflichtung als vierte Gewalt verstehen: sie gaben den O-Ton von BAW und BMI wieder und sonst gar nichts. Nur vereinzelt gelang es den JournalistInnen , diesem herrschenden Grundtenor etwas entgegenzusetzen.

veranstaltungen:

Di 23.4. radi-bar im Café Schreinerstr. 47 (jeden Di ab abends)

Mi 24.4. Diskussionsveranstaltung zu Zensur und staatlicher Überwachung in Computernetzen um 19^{30} Uhr im Café Cralle, Hochstädterstr. 10 a

Do 25.4. Die Wildecker Herzbuben sind böse und linke Kultur ist nach Feierabend -Veranst. / Diskussion / Ton-Diashow mit Johannes (Ex), Lou (wahre schule), Dietmar (Irrgardn, wahre schule) und Yörg (T.U.M.) um 19 Uhr im EX, Gneisenaustr. 2a

Do 25.4. Nur für FrauenLesben: Einführung in das Datenverschlüsselungsprogramm PGP (Pretty Good Privacy) um 19^{30} Uhr im Café Cralle

Fr 26.4. Oppositionelle Zeitungen in der Türkei / Kurdistan; Veranstaltung mit Özgür Politika und Evr‡nsel Berlin um 19 Uhr in der Initiative für Arbeit, Frieden und Freiheit, Adalbertstr. 96

Sa 27.4. 20 Jahre radikal - Diskussionsveranstaltung zu linken Medien um 19 Uhr im EX

V.i.S.d.P.: http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

10 Jahre

Tschernobyl ist überall!

SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN!

ENERGIEWENDE JETZT!

DEMONSTRATION

SAMSTAG 27.4.96

AHAUS • BIBLIS • KRÜMMEL
MAGDEBURG • MÜNCHEN

.: Tschernobyl-Koordination Römerstraße 88 53111 Bonn (V.i.S.d.P.: Wolfgang Kühr) Gestaltung: KUNST & KOMMERZ